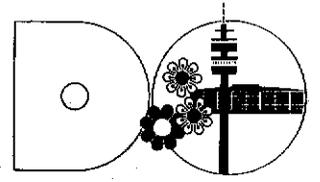
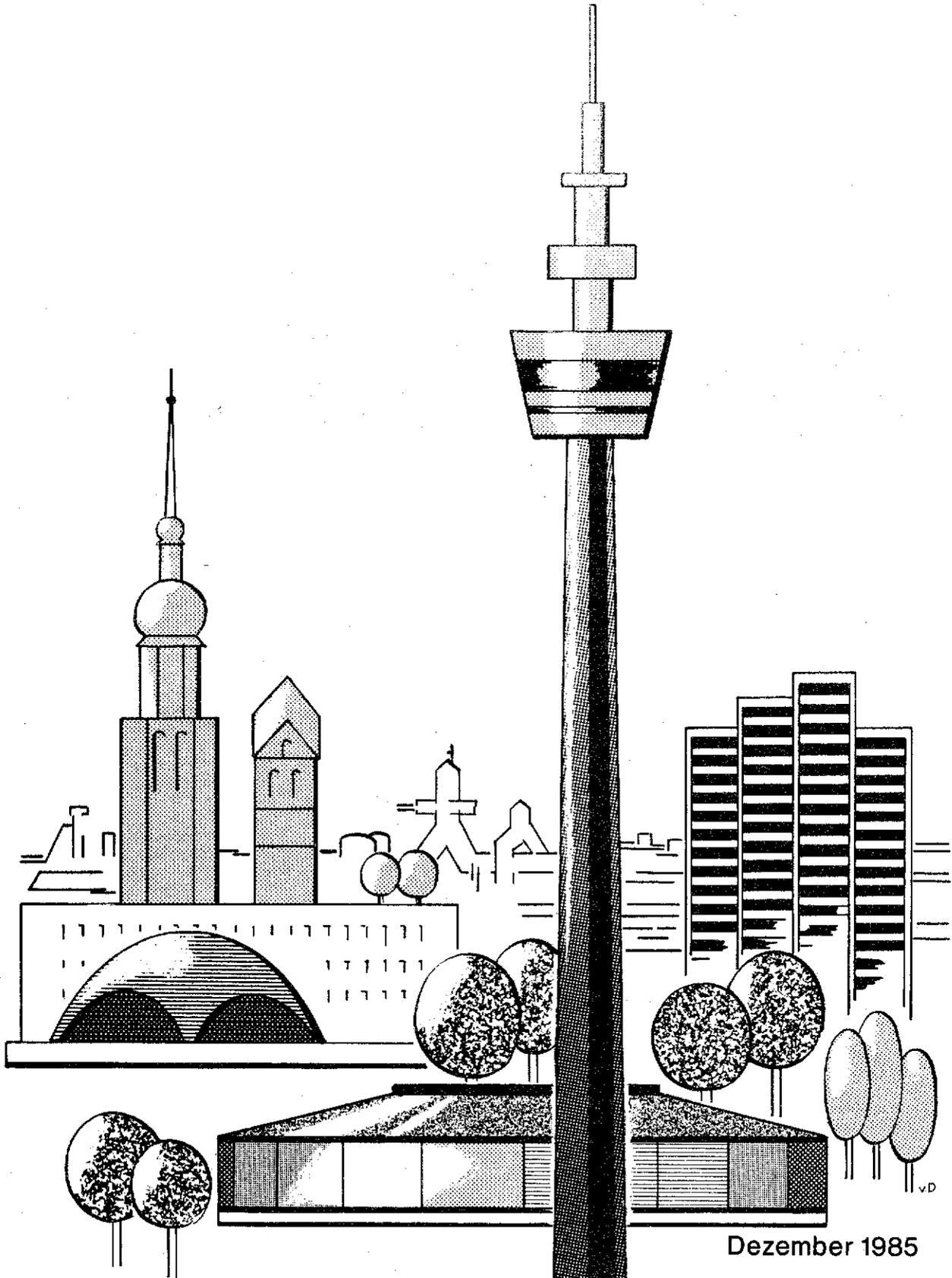


Dortmunder Statistik



Amt für Statistik und Wahlen



Jüngere und ältere Wähler

Dezember 1985

Sonderheft 105

DORTMUNDER STATISTIK

Sonderheft 105

JÜNGERE UND ÄLTERE WÄHLER

– Unterschiede im Wahlverhalten anhand
städtischer Wahlstatistiken –

(Überarbeitete textliche Fassung eines Referats,
das zur Statistischen Woche in Bonn am
25. September 1985 gehalten wurde)

Bearbeitung: W. Noeske unter Mitarbeit von
H. Gneiße und R. Döhla

Grafische Darstellungen: B. Schulte

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Herausgegeben vom Amt für Statistik und Wahlen

Auflagenhöhe: 1.300

INHALTSVERZEICHNIS	Seite
1. Zur Bedeutung der repräsentativen Wahlstatistik der Städte	1
2. Das gegenwärtige Wahlverhalten und historische Stationen	2
2.1 Die Wahlbeteiligung	2
2.2 Parteienergebnisse	14
3. Konstanz und Wandel im Wahlverhalten	23
4. Schlußbetrachtung	28

VERZEICHNIS DER GRAFIKEN

Wahlbeteiligung nach Alter in Dortmund	3
Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht in Dortmund	4
Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 1983 nach Alter und Geschlecht für ausgewählte Großstädte	5
Zusammenhang zwischen gesamtdurchschnittlicher Wahlbeteiligung und der Wahlbeteiligung jüngerer und älterer Wähler in Dortmund	7
Zusammenhang zwischen gesamtdurchschnittlicher Wahlbeteiligung und der Wahlbeteiligung jüngerer und älterer Wähler in Dortmund	8
Wahlbeteiligung der jüngeren Wähler seit 1965 in Dortmund	9
Auswirkung des herabgesetzten Wahlalters auf die Wahlbeteiligung	10
Die Parlamentshierarchie bei jüngeren und älteren Wählern in Dortmund (gemessen an der Wahlbeteiligung)	11
Wahlbeteiligung der jeweils letzten Wahlen nach Alter und Geschlecht für ausgewählte Großstädte	12
Mobilisierung der Wähler bei der Brandt-Wahl 1972 und der Kohl-Wahl 1983 im Vergleich zur jeweils vorausgegangenen Bundestagswahl nach Altersgruppen: Hamburg	13
Mobilisierung der Wähler bei der Brandt-Wahl 1972 und der Kohl-Wahl 1983 im Vergleich zur jeweils vorausgegangenen Bundestagswahl nach Altersgruppen: Oberhausen	14
Mobilisierung der Wähler bei der Brandt-Wahl 1972 und der Kohl-Wahl 1983 im Vergleich zur jeweils vorausgegangenen Bundestagswahl nach Altersgruppen: Dortmund	15
Parteien zur Bundestagswahl 1983 in der Gunst der jüngeren und älteren Wähler nach Geschlecht (Hamburg, Hannover, München, Münster)	16
Parteien zur Bundestagswahl 1983 in der Gunst der jüngeren und älteren Wähler nach Geschlecht (Duisburg, Frankfurt am Main, Gelsenkirchen, Köln)	17
Parteien zur Bundestagswahl 1983 in der Gunst der jüngeren und älteren Wähler nach Geschlecht (Nürnberg, Oberhausen, Stuttgart, Dortmund)	18
Das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 1961 (Dortmund, Duisburg, Frankfurt am Main, Hamburg)	20

Das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 1976 (Dortmund, Duisburg, Frankfurt am Main, Hamburg)	21
Das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 1983 (Dortmund, Duisburg, Frankfurt am Main, Hamburg)	22
Stimmenanteile für die SPD bei den Bundestagswahlen 1972 - 1983 nach Geburtsjahren (Duisburg)	25
Stimmenanteile für die CDU bei den Bundestagswahlen 1972 - 1983 nach Geburtsjahren (Duisburg)	26
CDU/CSU-Stimmabgabe nach Altersgruppen bei den Bundestagswahlen 1953 - 1983 (gesamtes Bundesgebiet)	27

VORBEREITUNG

Das vorliegende Sonderheft hat das unterschiedliche Wahlverhalten jüngerer und älterer Menschen zum Gegenstand. Mit diesem Beitrag wird in erweiterter bzw. leicht modifizierter Form dargestellt, was zur Statistischen Woche 1985 in Bonn im Ausschuß Wahlforschung als Referat dargeboten worden war.

Da es bei der Behandlung dieses Themas in erster Linie darauf ankommen sollte, anhand städtischer Wahldaten Verhaltenstendenzen und -unterschiede aufzuzeigen, wurde darauf verzichtet, tabellarische Übersichten wiederzugeben. Stattdessen wurden lediglich grafische Darstellungen als Ergänzung zu den textlichen Darlegungen aufgenommen. Daß die Grafiken deshalb einen sehr breiten Raum einnehmen, ergibt sich damit zwangsläufig von selbst. Da jedoch Grafiken Sachverhalte anschaulicher verdeutlichen als Tabellen, wird mit der hier gewählten Form der Ergebnisdarstellung das inhaltliche Verständnis wesentlich erleichtert.

1. Zur Bedeutung der repräsentativen Wahlstatistik der Städte

Wer in städtestatistischen Ämtern mit Wahlen zu tun hat weiß, welch hohen Stellenwert die Analyse von Wahlergebnissen im Rahmen der statistischen Arbeit einnimmt und welche Bedeutung hierbei der Darstellung des Wahlverhaltens der Wahlberechtigten mit Hilfe der sog. repräsentativen Wahlstatistik zukommt. Ziel dieser repräsentativen Wahlstatistik ist es, durch eine Sonderauszählung in durch eine Stichprobe ausgewählten Stimm-/Wahlbezirken zu Aussagen über die Alters- und Geschlechtsstruktur der Nichtwähler und der jeweiligen Parteienwähler zu gelangen.

Angesichts des hohen Informationswertes dieses Analyseinstrumentes überrascht es, daß nur in wenigen Städten die repräsentative Wahlstatistik eine lange, bis in die 50er Jahre zurückreichende Tradition hat. Im Jahre 1953 wurden für Bundestagswahlen erstmals die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, repräsentative Wahlstatistiken zu erstellen. Unter den 12 größten Städten waren es - von den Stadtstaaten abgesehen - damals lediglich Frankfurt, Stuttgart und Dortmund, die repräsentative Ergebnisse für das jeweils eigene Stadtgebiet vorlegten.

Es bleibt weiterhin festzustellen, daß selbst heute noch viele Städte die Möglichkeit, repräsentative Ergebnisse zu erstellen, allenfalls in dem Sinne - und somit methodisch angreifbar - nutzen, daß lediglich für die vom Landes- bzw. Bundeswahlleiter vorgegebenen Sonderbezirke, die Einheiten einer Stichprobe mit wesentlich größerem Raumbezug sind, aggregierte Stadtergebnisse vorgelegt werden, also die vorgegebenen Sonderbezirke weder durch weitere Sonderbezirke ergänzt noch durch eine eigene Stichprobe ersetzt werden.

So hat beispielsweise eine Umfrage in Nordrhein-Westfalen zur Bundestagswahl 1976 ergeben, daß von den 22 größten Städten nur sechs - unter ihnen fehlten selbst bedeutende Großstädte - das Instrument der repräsentativen Wahlstatistik methodisch befriedigend zum Einsatz brachten ¹⁾. Inzwischen hat sich allerdings (in Nordrhein-Westfalen jedenfalls) die Situation insoweit gebessert, als nicht mehr nur sechs, sondern 13 Städte methodisch vertretbare Ergebnisse vorlegen.

So informativ die Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik auch sind, ihrer Grenzen muß man sich dennoch - insbesondere im Verhältnis zur Umfrageforschung - bewußt sein. Die repräsentative Wahlstatistik kann eine Vielzahl von Variablen, die neben dem Alter und Geschlecht im Rahmen einer Wahlanalyse von Bedeutung sind (z. B. soziale Herkunft, Bildungsstand, Konfession, Gewerkschaftszugehörigkeit), nicht aufnehmen; sie ist also auf die beiden Variablen Alter und Geschlecht beschränkt. Sie kann weiterhin nur Zustände feststellen, selbst aber nichts zur Motivforschung beitragen. Und nicht zuletzt sind ihre Aussagen dadurch - wenn auch nicht gravierend - verzerrt, daß die Briefwähler mit ihrem vom Gesamtergebnis abweichenden Ergebnis in den repräsentativen Auswertungen in aller Regel keine Berücksichtigung finden.

Aber immerhin können ihre Ergebnisse, wenn sie methodisch einwandfrei erstellt wurden, als im Verhältnis zur Motivforschung recht hart angesehen werden, trotz der Verzerrungen durch die Briefwahl, die innerhalb des Gesamtergebnisses durchweg ja nur ein geringes Gewicht hat. Darüber hinaus gewinnen ihre Ergebnisse an Bedeutung, wenn sie in eine Längsschnittanalyse eingebracht werden, durch die Aussagen über Änderung bzw. Konstanz im Wahlverhalten gewonnen werden.

Ziel dieser Veröffentlichung ist es nun, anhand von Beispielen den Informationswert der repräsentativen Wahlstatistik in den Städten aufzuzeigen, indem Unterschiede im Wahlverhalten jüngerer und älterer Wähler - getrennt nach ihrem Geschlecht - dargestellt werden. Da hinsichtlich der inhaltlichen Gestaltung der Ausführungen sehr häufig Hofmann-Göttig mit seinem Buch über "Die jungen Wähler" Pate stand, soll bereits eingangs auf diese Quelle ausdrücklich hingewiesen werden. ²⁾

Trotz hohen Stellenwertes der repräsentativen Wahlstatistik . . .

... hat diese nur in drei Großstädten eine lange Tradition ...

... und wird oft methodisch unbefriedigend zum Einsatz gebracht

Durch Beschränkung auf die Merkmale Alter und Geschlecht ergeben sich die Grenzen ihrer Aussagefähigkeit, die durch eine kommunale Umfrageforschung allerdings verbessert werden könnte

1) Verband Deutscher Städtestatistiker, Bericht über die 77. Tagung in Münster, 1977, S. 196.

2) Hofmann-Göttig, J.: Die jungen Wähler, Frankfurt 1984.

2. Das gegenwärtige Wahlverhalten und historische Stationen

2.1 Die Wahlbeteiligung

Wenn man sich die Wahlbeteiligung nach Altersgruppen und Geschlecht vor Augen führt, werden folgende Zusammenhänge sichtbar:

- a) Die Wahlbeteiligung junger Wahlberechtigter liegt unter dem Gesamtdurchschnitt; dabei gilt die Besonderheit, daß nicht die jüngsten Wahlberechtigten, sondern die Wahlberechtigten der zweitjüngsten Altersgruppe am wahlmüdesten sind (Grafik auf Seite 3).
- b) Je älter die Wahlberechtigten sind, um so größer ist ihr Wahleifer; erst im hohen Alter flacht die Wahlbeteiligung wieder ab, indes in der Wirklichkeit nicht so stark, wie in den Abbildungen zum Ausdruck kommend, da die Briefwahl hier nicht berücksichtigt ist, von ihr jedoch um so mehr Gebrauch gemacht wird, je älter die Wahlberechtigten sind (Grafik auf Seite 3).
- c) Die männlichen Wahlberechtigten übertreffen die weiblichen Wahlberechtigten in jungen Jahren und im höheren Alter an Wahleifer. In den dazwischen liegenden Altersgruppen überwiegen zumeist die Frauen (Grafik auf Seite 4).
- d) In regionaler Hinsicht sind zwar gewisse Niveauunterschiede in der Höhe der Wahlbeteiligung erkennbar, jedoch bleibt es stets bei dem hier aufgezeigten Grundmuster für die einzelnen Altersgruppen (Grafik auf Seite 5).
- e) Ebenso sind beträchtliche Unterschiede zu registrieren, wenn man die verschiedenen Wahlen miteinander vergleicht: Die Wahlbeteiligung sinkt bei jüngeren Wahlberechtigten im Gegensatz zu älteren Wahlberechtigten um so mehr, je niedriger die gesamt durchschnittliche Wahlbeteiligung bei einer Wahlart ist. Mit anderen Worten: Die Pendelausschläge sind in der Wahlbeteiligung von Wahlart zu Wahlart um so stärker, je jünger die Wahlberechtigten sind. Für die älteren Wahlberechtigten gelten umgekehrt geringere Pendelausschläge. Erkennbar wird dieser Sachverhalt in der Grafik auf Seite 7 dadurch, daß die Wahlbeteiligungsabweichungen jüngerer Wahlberechtigter vom Gesamtwahlbeteiligungsdurchschnitt (in der unteren Hälfte der Grafik als Nulllinie dargestellt) dann besonders stark negativ sind, wenn der Gesamtdurchschnitt niedrig ist, während sich ältere Wahlberechtigte bei Wahlen mit niedriger Wahlbeteiligung im Gegensatz zu ihren jüngeren Mitmenschen vom Gesamtdurchschnitt (also der Nulllinie) besonders positiv abheben, sie somit den Rückgang der Wahlbeteiligung abbremsen.
- f) Der zuvor zu e) geschilderte Sachverhalt ist oft auch - somit also nicht durchgängig - zu beobachten bei Wahlen gleicher Wahlart mit jeweils unterschiedlicher Wahlbeteiligungshöhe; die Grafik auf Seite 8 läßt dies für die letzten vier Bundestags- bzw. Landtagswahlen (in Dortmund) erkennen.

Von den hier dargelegten Zusammenhängen seien das Defizit der Jungwähler (einschl. der Besonderheit des Erstwähler-Sprungs) und damit zusammenhängend der überdurchschnittliche Wahleifer der älteren Wahlberechtigten zum einen sowie die überdurchschnittlichen Pendelausschläge in der Wahlbeteiligung jüngerer Wahlberechtigter im Gegensatz zu den maßvolleren Wahlbeteiligungsreaktionen älterer Wahlberechtigter zum anderen einer kurzen Erörterung unterzogen.

Zunächst also zum Sachverhalt der unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung jüngerer Wahlberechtigter und umgekehrt überdurchschnittlicher Wahlbeteiligung älterer Wahlberechtigter.

Bereits seit den 50er Jahren ist durch die Repräsentativstatistiken bekannt, daß die Jungwähler die geringste Wahlbeteiligung aufweisen und die Wahlbeteiligung mit zunehmendem Alter ansteigt (Ausnahme: die höchste Altersgruppe¹⁾). Als dann 1970 das Wahlalter auf 18 Jahre gesenkt wurde, ergab sich, daß die nun jüngste Gruppe der 18- bis 21jährigen sich in ihrem Wahlverhalten von der bis dahin jüngsten Gruppe der 21- bis 25jährigen insoweit unterschied, als die Wahlbeteiligung nicht niedriger, sondern höher lag als bei den Zweitwählern (Grafik auf Seite 9).

Nicht die jüngsten Wahlberechtigten sind am wahlmüdesten ...

... am unteren Ende stehen vielmehr die 21- bis 25jährigen

Mit zunehmendem Alter steigt die Wahlbeteiligung dann an (Ausnahme: die ältesten Wahlberechtigten)

Junge und alte Männer übertreffen an Wahleifer die gleichaltrigen Frauen, im mittleren Alter überwiegen zumeist die Frauen

In regionaler Hinsicht nur geringe Unterschiede

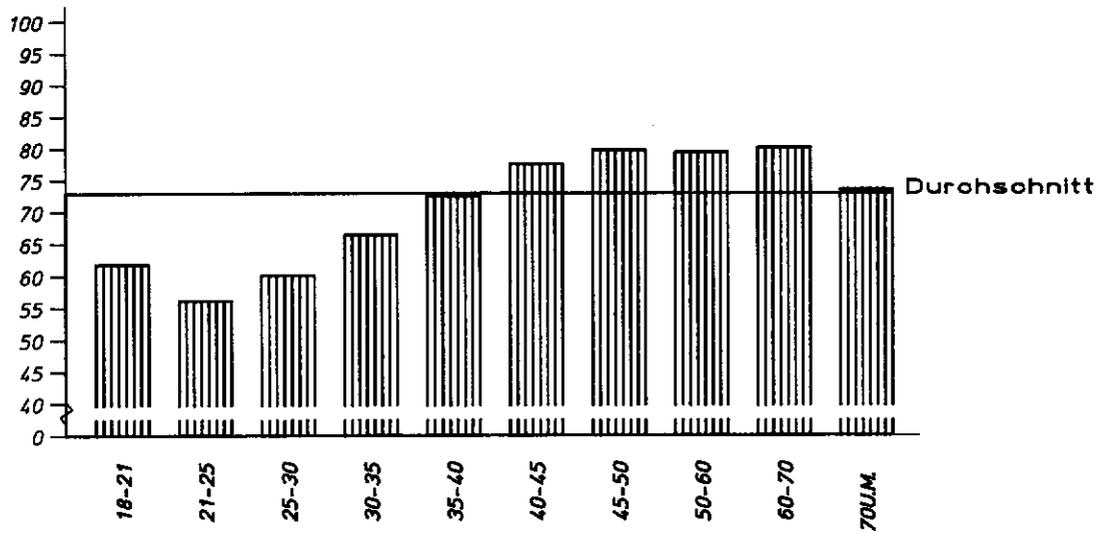
Starke Pendelausschläge in der Wahlbeteiligung bei jungen Menschen von Wahlart zu Wahlart

Die 1970 erfolgte Herabsetzung des Wahlalters führte zu einem Anstieg der Wahlbeteiligung der nunmehr jüngsten Altersgruppe

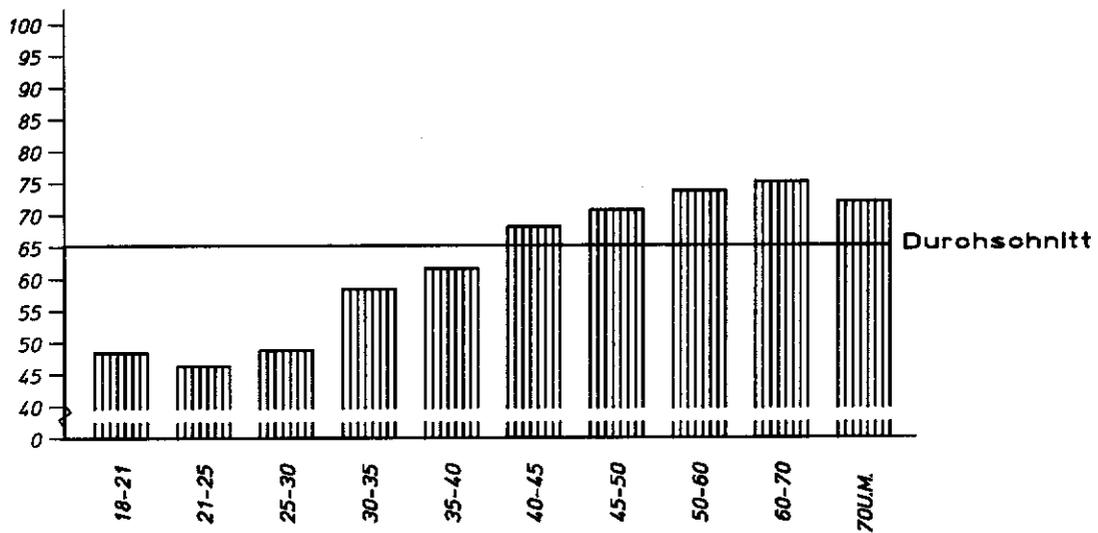
1) Die Gründe für die Abnahme der Wahlbeteiligung bei den ältesten Wahlberechtigten liegen auf der Hand: altersbedingte Krankheiten und Beschwerden, Vereinsamung (oft als Folge des Verlustes des Ehepartners), Desinteresse, Zurückgezogenheit, Uninformiertheit u. ä.

Wahlbeteiligung nach Alter in Dortmund

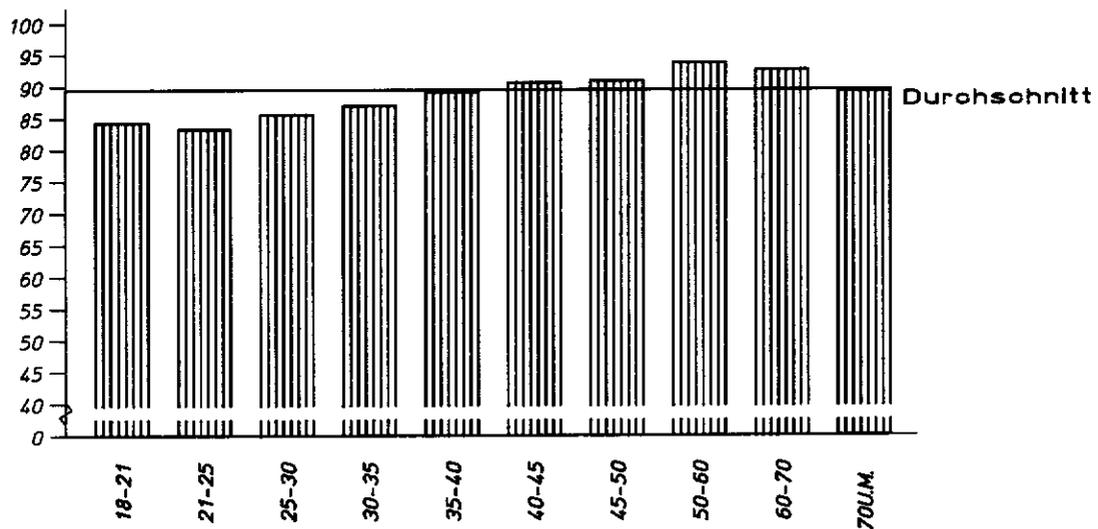
v.H. Landtagswahl 1970



v.H. Kommunalwahl 1979

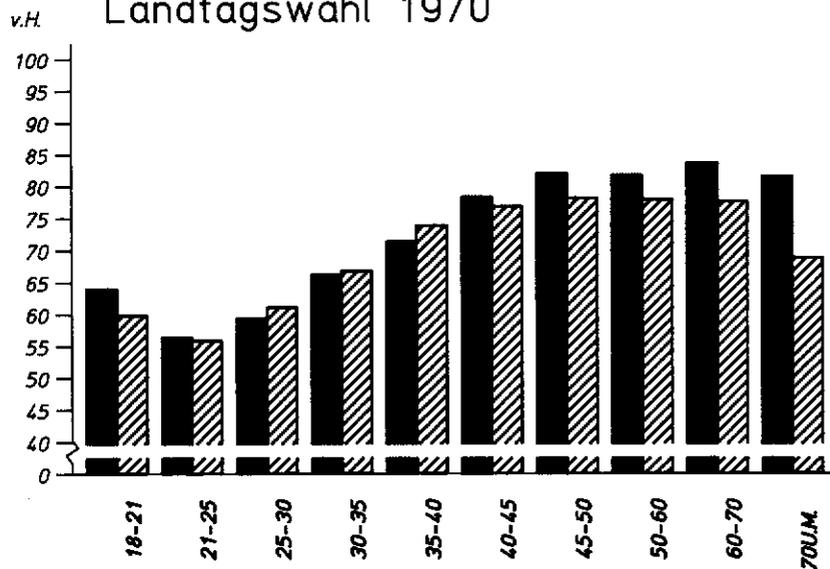


v.H. Bundestagswahl 1983

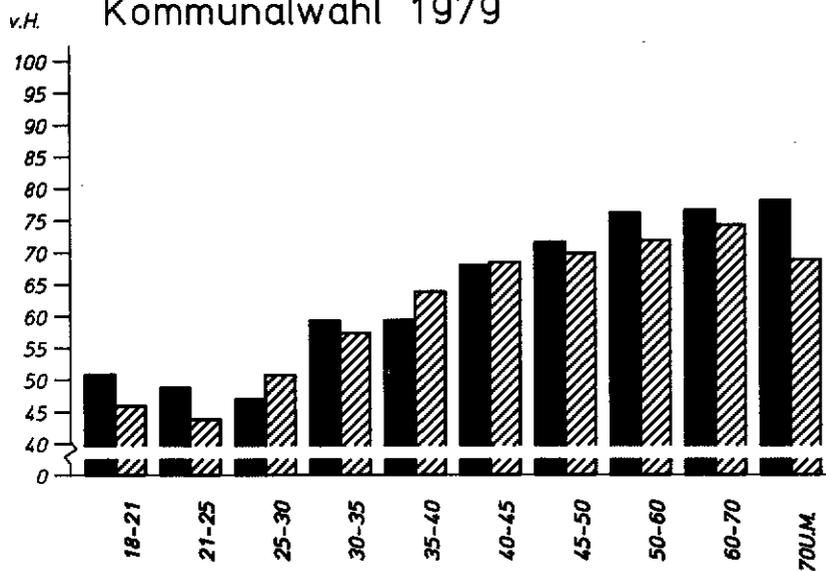


Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht in Dortmund

Landtagswahl 1970



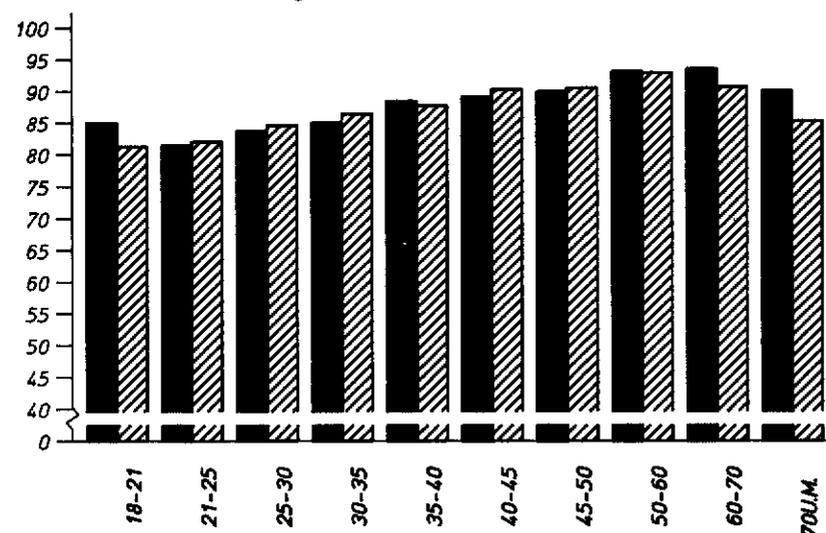
Kommunalwahl 1979



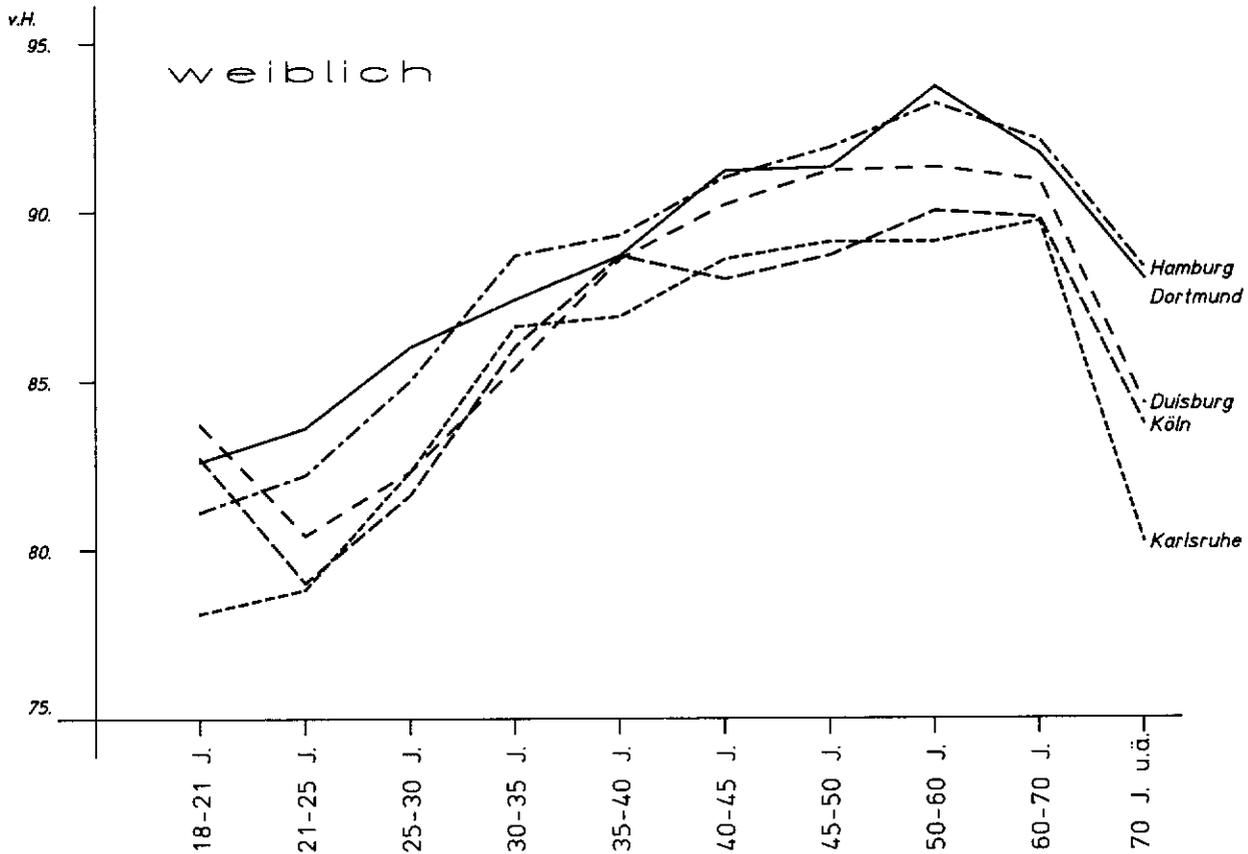
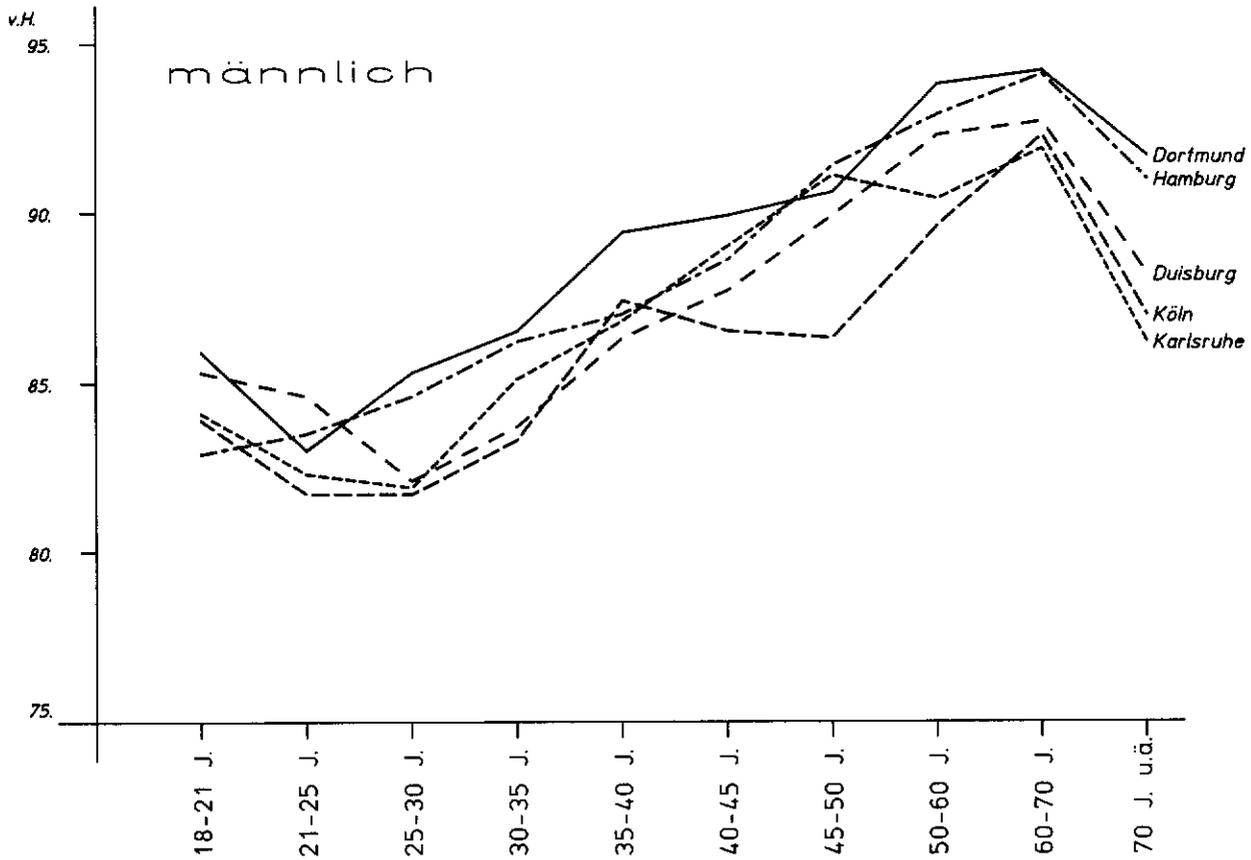
Zeichenerklärung:



Bundestagswahl 1983



Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 1983 nach Alter und Geschlecht für ausgewählte Großstädte



Dieses Grundmuster des Wahlverhaltens hat sich bis heute nicht geändert; es ist stabil, wenngleich auch in regionaler Hinsicht mehr oder weniger stark ausgeprägt (Grafik auf Seite 10).

Daß die jetzt (ab 1970) jüngsten Wahlberechtigten nicht die wahlmüdesten sind, findet - worauf eine Vielzahl von Autoren¹⁾ hinweist - seine Erklärung darin, daß diese Altersgruppe eine noch vergleichsweise feste Bindung an die Familie hat, noch stärker im Sog der Familie verhaftet ist, in der man sich als junger Mensch der Wahrnehmung des Wahlrechts schlechter entziehen kann als außerhalb derselben. Jedenfalls ist für das Erstwählerhoch in der Wahlbeteiligung nicht die Tatsache entscheidend, daß diese Wahlberechtigten erstmalig wählen - denn vor 1970 galt für die damaligen Erstwähler der 21- bis 25jährigen, daß sie die absolut niedrigste Wahlbeteiligung aufwiesen. Insoweit kann das jetzt stets zu beobachtende Zweitwählerdefizit auch nicht als Reaktion aus Enttäuschung über die Erfahrungen der Erstwahl erklärt werden, denn vor 1970 war ein solches Zweitwählerdefizit nicht zu beobachten.

Als Erklärung für die grundsätzlich unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung jüngerer Menschen und der umgekehrt überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung älterer Menschen führt Hofmann-Göttig an, "daß es einen Bruch gibt zwischen stärker ethisch, idealistischen Politikvorstellungen im Jugendbereich und dem stärker verbreiteten "Materialismus" der Erwachsenenwelt. Indem die herrschende Politik eher auf die materiellen Werte als auf ideelle orientiert ist, drückt sich im geringen Wahlbeteiligungs-Niveau der jungen Wahlberechtigten diese Distanz zu dieser Politik aus."²⁾

Die relativ hohe Wahlbeteiligung der Erstwähler bei den Europawahlen, bei denen es ja mehr um ideelle als um materielle Ziele geht, könnte diese These stützen (Grafik auf Seite 11).

Andere Autoren³⁾ führen als Gründe die hohe regionale Mobilität junger Menschen (unter ihnen vor allem die der 21- bis 25jährigen) und die Probleme der richtigen Erfassung dieser mobilen Einwohnergruppe durch die Einwohnermeldeämter an. Dem hält Hofmann-Göttig entgegen, daß die Briefwahl demjenigen, der sein Wahlrecht nutzen will, die Möglichkeit eröffnet, dies zu tun, wenn er nur will. Und was den Hinweis auf die nicht aktuellen Melderegister angeht, müßten diese sich ja mit dem Abstand zur letzten Volkszählung verschlechtern und so auch die Nichtwahl zunehmen; das Phänomen bleibe indes konstant.⁴⁾

Interessant ist, daß der Wahleifer der Jugendlichen sich auch dann nicht verstärkt, wenn das Parteienangebot breiter gefächert und jugendlich-orientierter wird. Das Aufkommen der GRÜNEN hat die Wahlbeteiligung bei den Jugendlichen - wenn man von dem auch bundesweit zu beobachtenden auffallend starken Erstwählerhoch bei Europawahlen absieht - nicht steigen lassen bzw. den Rückgang nicht verhindern können. Dies überrascht insoweit, als diese Partei ethisch-idealistische Politikvorstellungen entwickelt hat, junge Menschen sich also angesprochen fühlen müßten. Da dies nicht - jedenfalls nicht für alle Wahlen - der Fall ist, wird auch der Erklärungsansatz Hofmann-Göttigs über das unterschiedliche Wahlbeteiligungsverhalten jüngerer und älterer Wahlberechtigter mit einigen Fragezeichen zu versehen sein.⁵⁾

Soviel zum Jungwählerdefizit. Nun noch einige Anmerkungen zu den unterschiedlichen Pendelausschlägen in der Wahlbeteiligung von Wahl zu Wahl (bzw. von Wahlart zu Wahlart) bei den jüngeren und älteren Menschen.

Es ist bekannt, daß bei Bundestagswahlen die höchste Wahlbeteiligung erzielt wird. Danach rangieren die Wahlen zu den Landesparlamenten. In der Gunst der Wähler insgesamt am niedrigsten liegen die Europawahlen, die von den Kommunalwahlen noch deutlich übertroffen werden.

Es gibt also offensichtlich eine - wie Hofmann-Göttig sagt - Parlaments-Hierarchie, die das Urteil der Wahlberechtigten über die Bedeutung des zu wählenden Parlaments und damit die dem jeweiligen Parlament beigemessene Bedeutung zum Ausdruck bringt.

Erstwählerhoch bedingt durch noch feste Bindung junger Menschen an die Familie

"Ethisch, idealistische Politikvorstellungen" als Erklärung für die Wahlmüdigkeit jüngerer Menschen

Hohe regionale Mobilität junger Menschen als weiterer Erklärungsgrund

Auch die GRÜNEN konnten durchweg nicht wahlbeteiligungsmobilisierend auf junge Menschen einwirken

"Parlaments-Hierarchie" bestimmt das Wahlbeteiligungsniveau

1) So: ZParl., 11. Jg., 1980, S. 258; Hofmann-Göttig, J., a.a.O., S. 86.

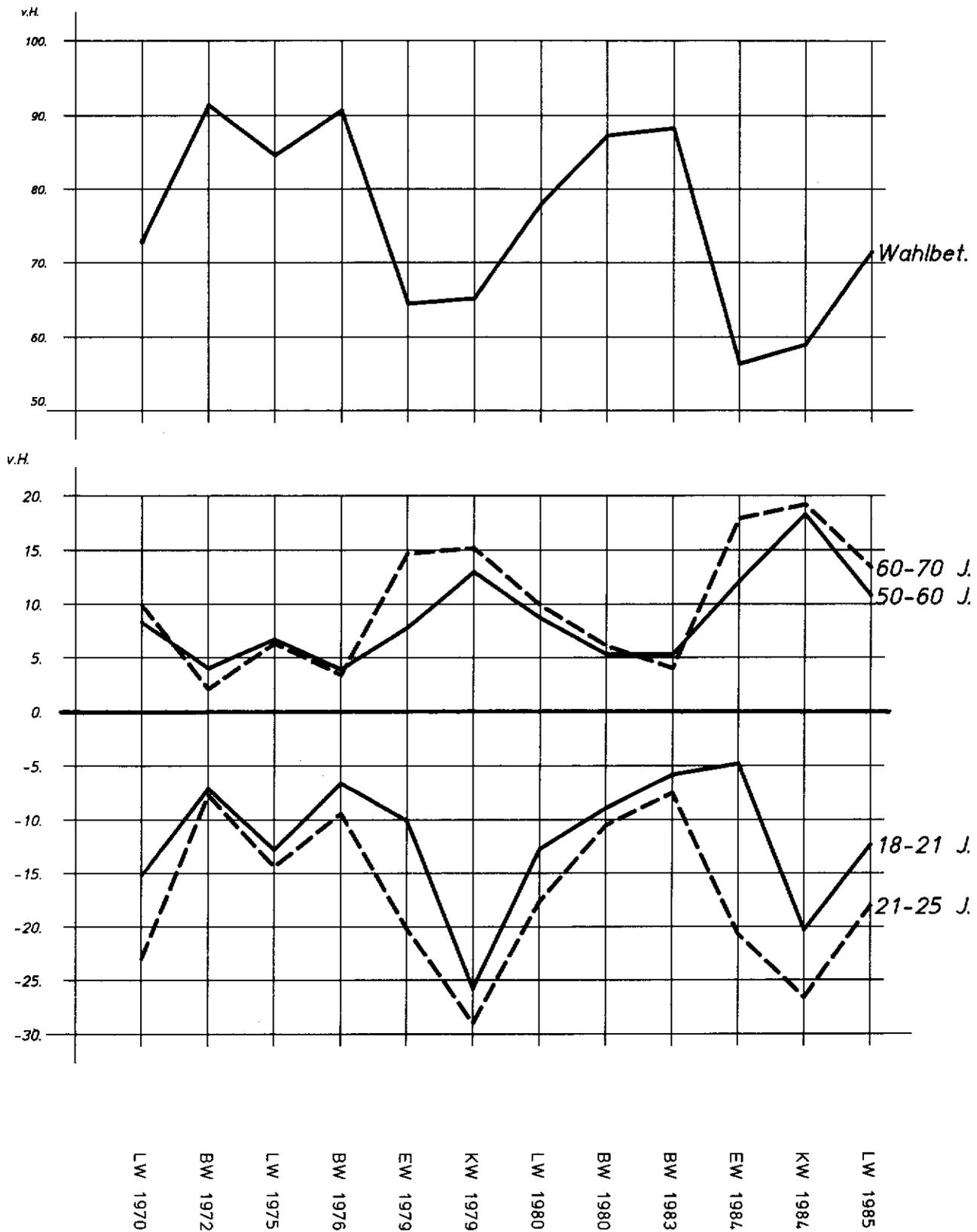
2) Hofmann-Göttig, J., a.a.O., S. 87.

3) So: ZParl., 1. Jg., 1969/70, S. 168.

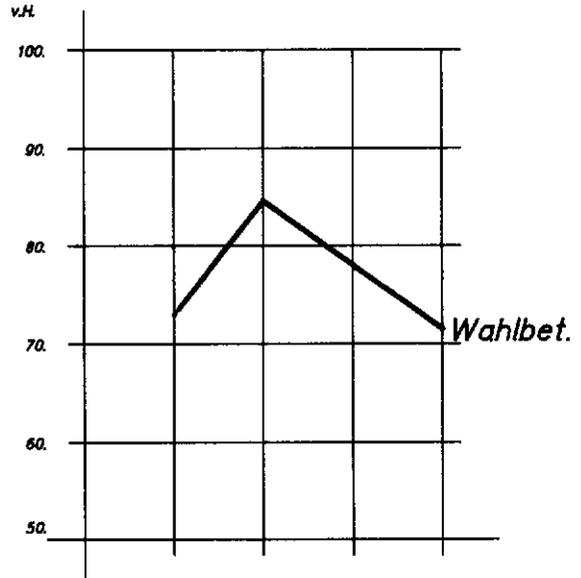
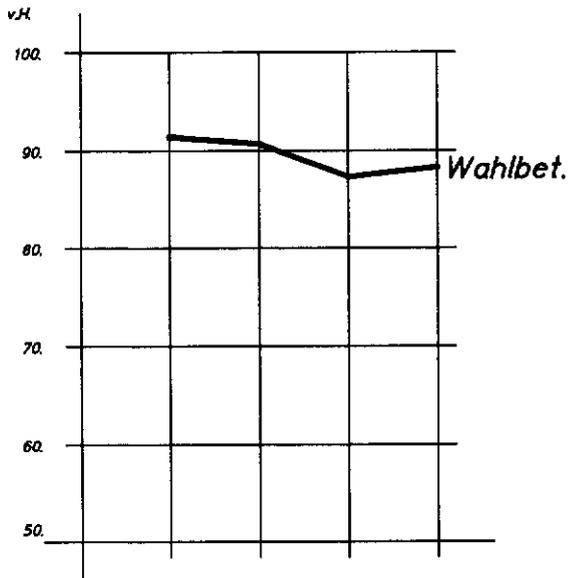
4) Dieses Gegenargument setzt allerdings voraus, daß die Volkszählungsergebnisse von 1970 zur Aktualisierung der Melderegister herangezogen wurden und andere Verfahren zur Aktualisierung der Melderegister nicht gegeben sind (was nicht stimmt) bzw. vorhandene Verfahren nicht genutzt wurden.

5) So auch: Jesse, E., in: FAZ vom 09.07.1985, S. 23.

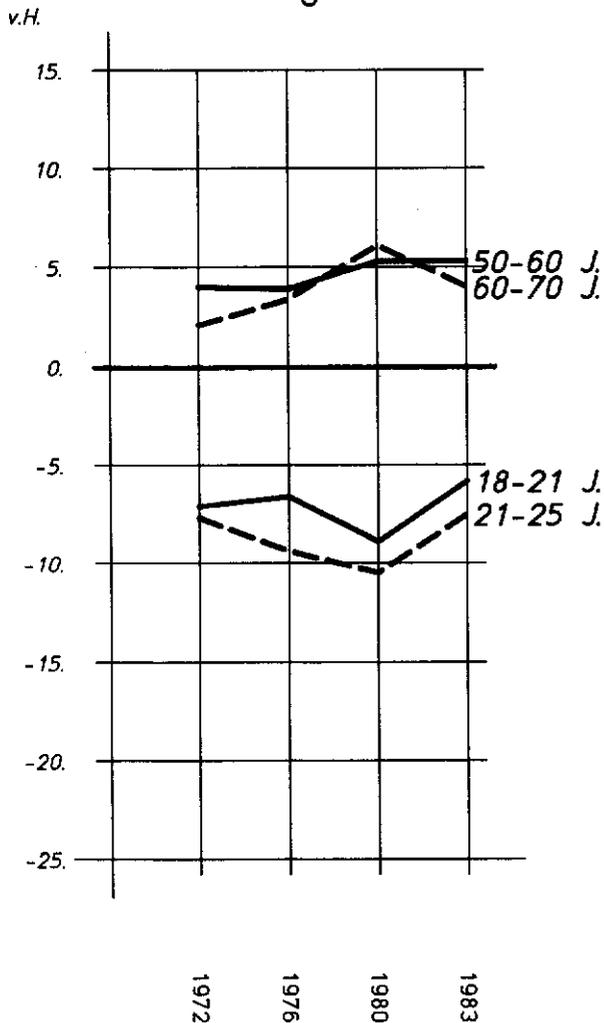
Zusammenhang zwischen gesamt durchschnittl. Wahlbeteiligung und der Wahlbet. jüngerer und älterer Wähler in Dortmund



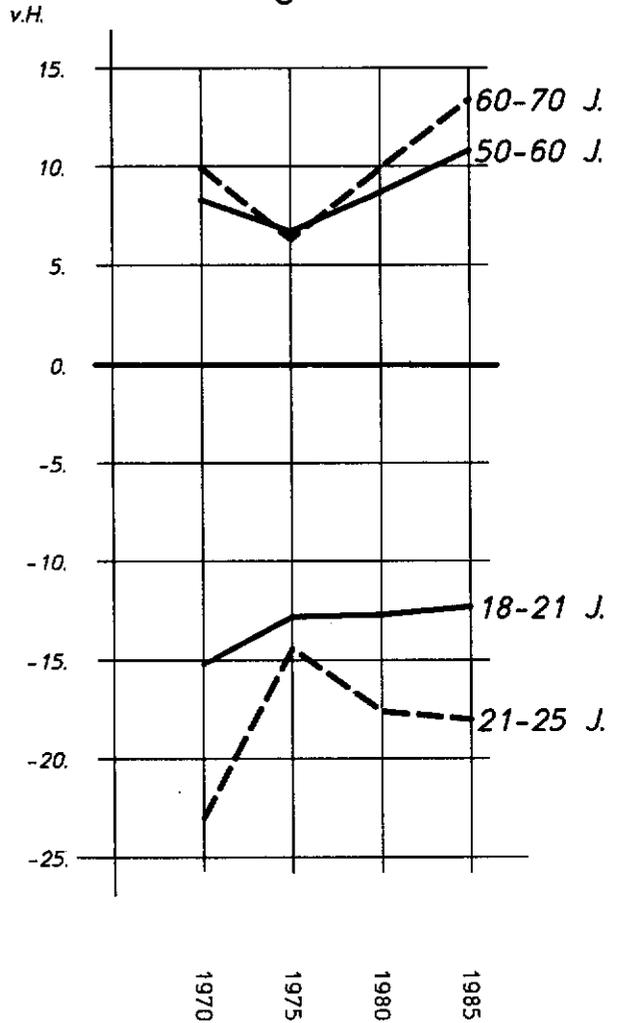
Zusammenhang zwischen gesamt durchschnittl. Wahlbeteiligung und der Wahlbet. jüngerer und älterer Wähler in Dortmund



Bundestagswahlen



Landtagswahlen



Wahlbeteiligung der jüngeren Wähler

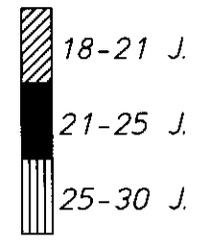
seit 1965 in Dortmund

v.H.

100
90
80
70
60
50
40
30
20
10
0

Herabsetzung des Wahlalters

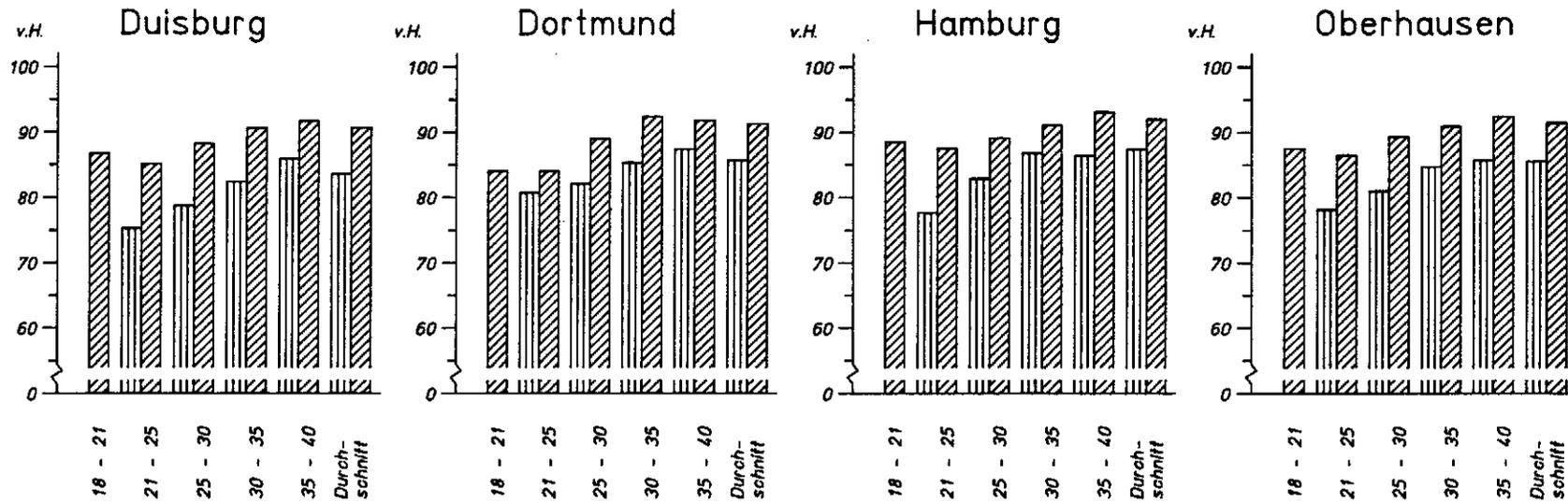
Zeichenerklärung:



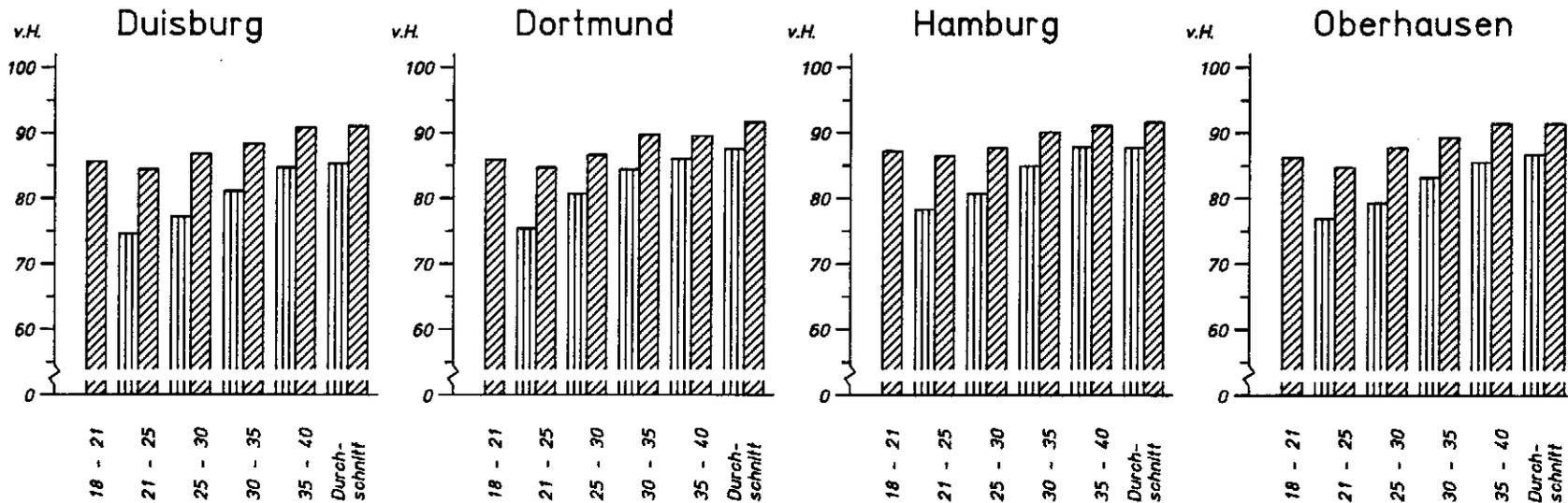
BW 65 LW 66 BW 69 KW 69
LW 70 BW 72 LW 75 BW 76 EW 79 KW 79 LW 80 BW 80 BW 83
EW 84 KW 84 LW 85

Auswirkung des herabgesetzten Wahlalters auf die Wahlbet.

weiblich

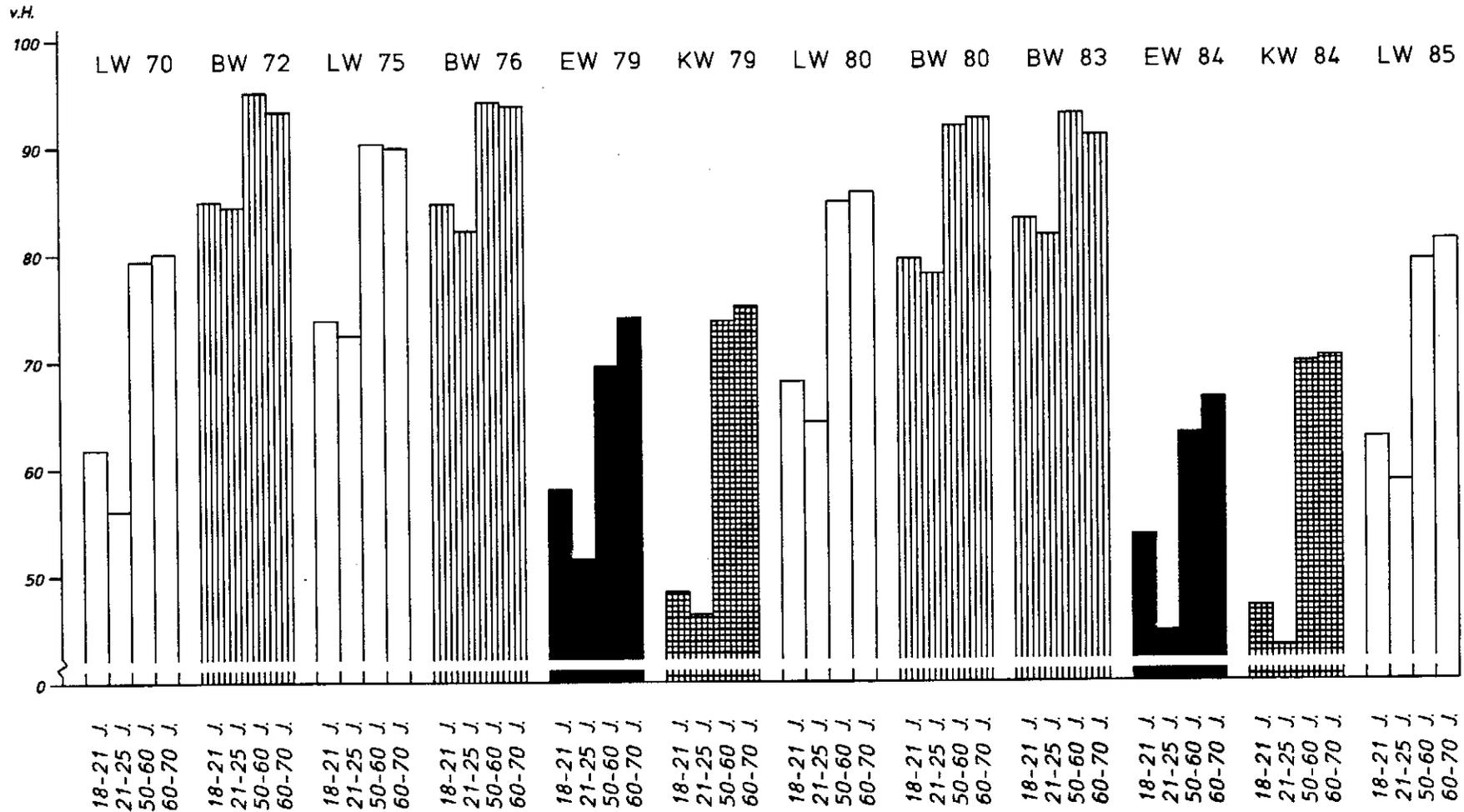


männlich



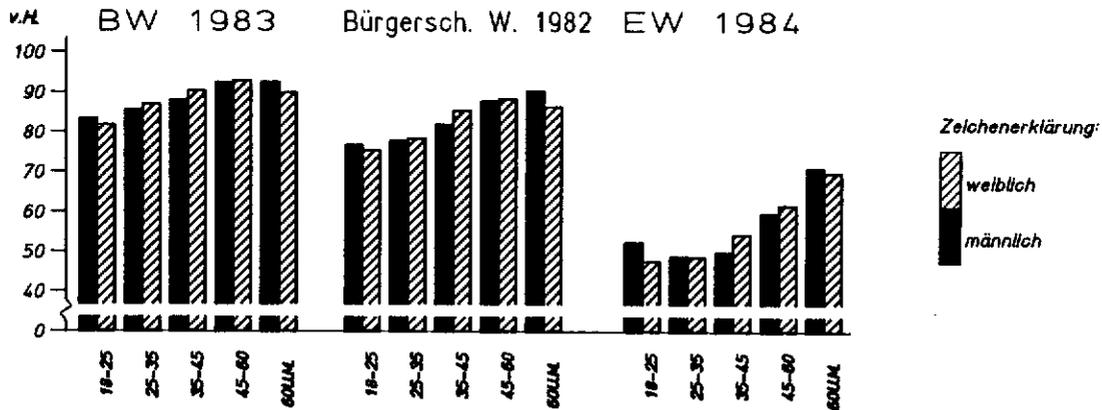
 Bundestagswahl 1969
 Bundestagswahl 1972

Die Parlamentshierarchie bei jüngeren und älteren Wählern in Dortmund (gemessen an der Wahlbeteiligung)

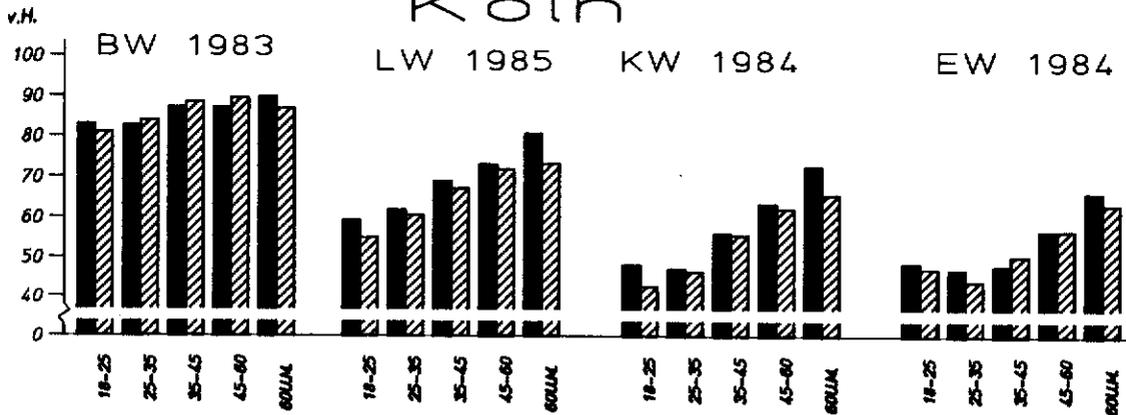


Wahlbeteiligung der jeweils letzten Wahlen nach Alter und Geschlecht für ausgewählte Großstädte

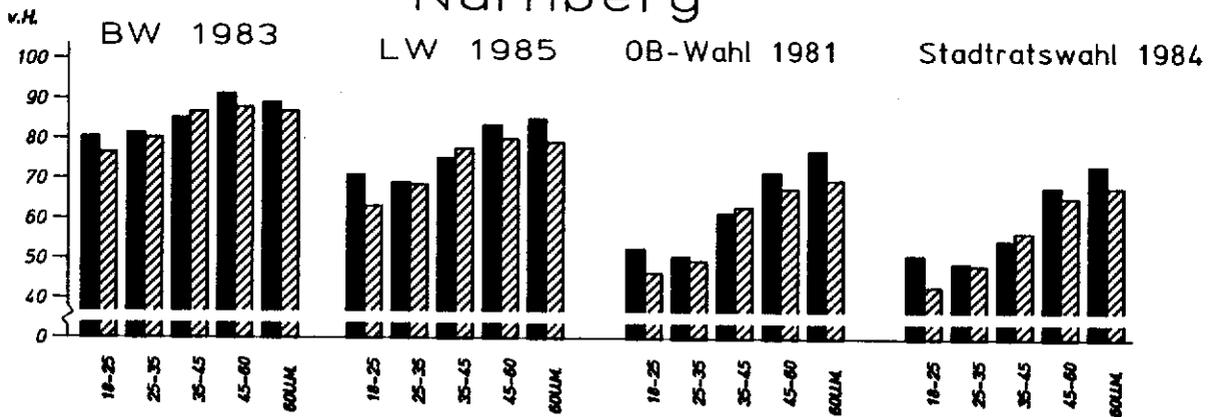
Hamburg



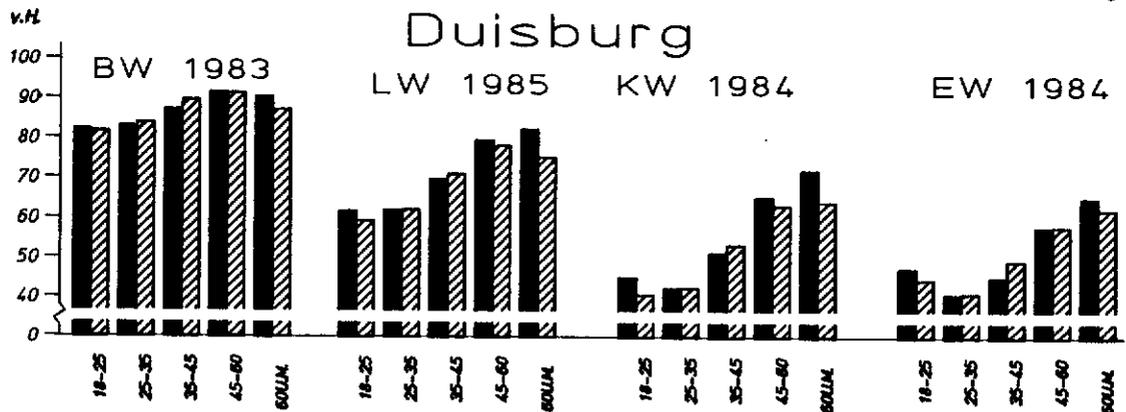
Köln



Nürnberg



Duisburg



Diese grundsätzliche Tendenz ist bei jüngeren wie älteren Wählern gleichermaßen zu beobachten. Worin sich beide Gruppen indes unterscheiden, ist die Tatsache, daß bei jüngeren Wählern diese Tendenz deutlicher als bei älteren Wählern zu Tage tritt. Jüngere Menschen reagieren somit offensichtlich mit einem verschärften Empfinden der Wertigkeit des zu wählenden Parlaments auf die jeweilige Wahlart, während für ältere Menschen eher der Grundsatz gilt, daß Wahlrecht Wahlpflicht bedeutet. Insoweit muß man sich auch des Sachverhaltes bewußt sein, daß ein Absinken in der Wahlbeteiligung in erster Linie der überdurchschnittlich zunehmenden Wahlmüdigkeit jüngerer Wahlberechtigter zuzuschreiben ist, während ältere Wahlberechtigte den Trend nach unten abbremsen (Grafik auf Seite 12).

Auf die "Parlamentshierarchie" reagieren junge Menschen empfindlicher ...

... während für ältere Menschen Wahlrecht mehr Wahlpflicht bedeutet

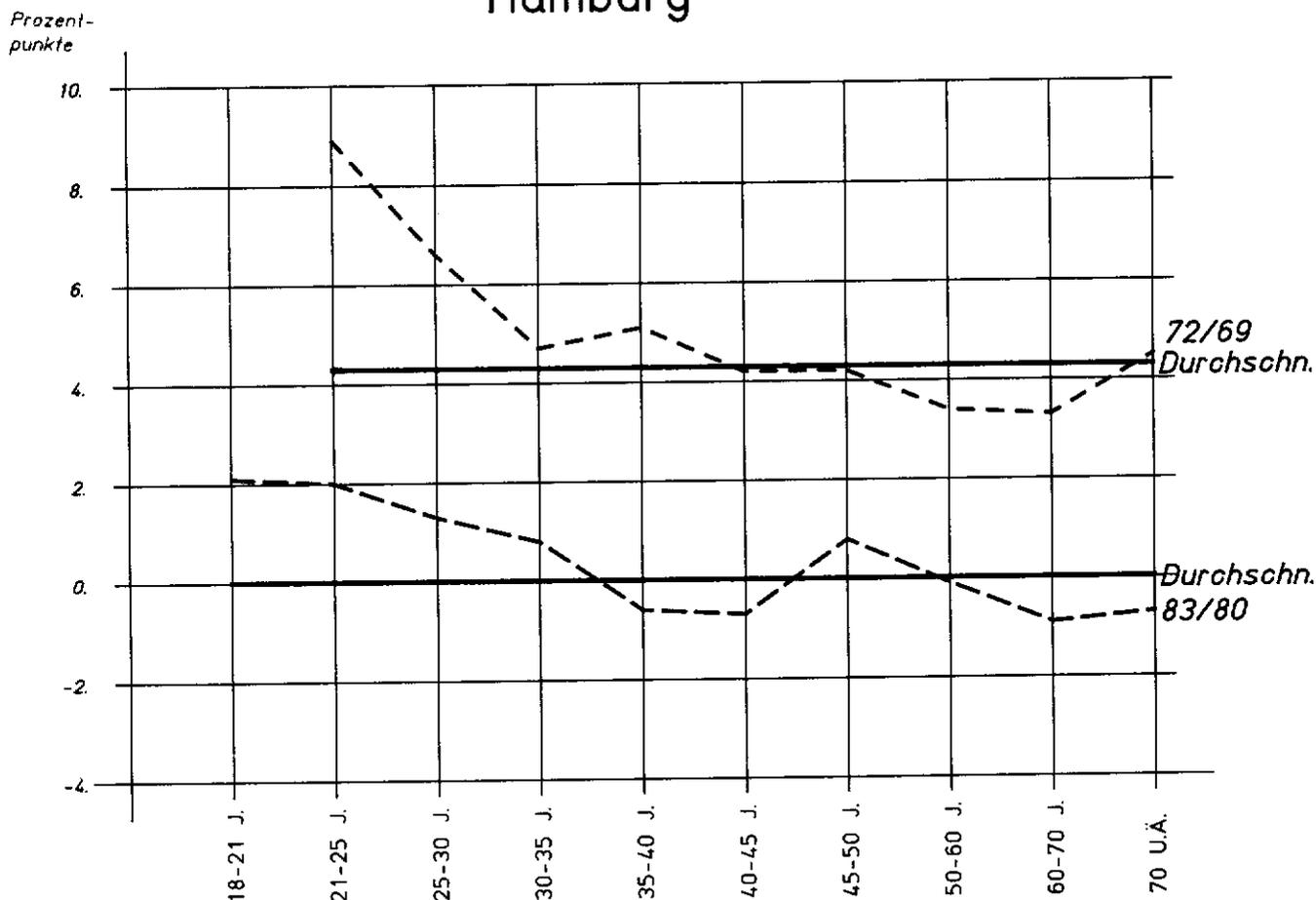
Bei Wahlen der gleichen Wahlart gilt, daß Wahlen mit besonderer Bedeutung eine überdurchschnittliche Mobilisierung jüngerer Wahlberechtigter bewirken. Hofmann-Göttig wies für die Bundestagswahlen 1972 und 1983 - beides vorgezogene Neuwahlen zur Sanktionierung der Bonner Wende - nach, daß sich junge Menschen mehr als sonst üblich an der Wahl beteiligten. Diesen Sachverhalt bestätigt die städtische repräsentative Wahlstatistik (Grafiken auf den Seiten 13,14, und 15).

Aber auch Wahlen gleicher Wahlart mobilisieren junge Menschen, wenn diese Wahlen besondere Bedeutung haben

Zusammenfassend kann somit festgehalten werden, daß Schwankungen in der Wahlbeteiligung bei jüngeren Menschen überdurchschnittlich stark durchschlagen, während sich ältere Menschen in ihrem Wahlverhalten konstanter verhalten.

Mobilisierung der Wähler bei der Brandt-Wahl 1972 und der Kohl-Wahl 1983 im Vergleich zur jeweils vorausgegangenen Bundestagswahl nach Altersgruppen

Hamburg



2.2 Parteienergebnisse

Betrachten wir nun den Zusammenhang zwischen den Entscheidungen der Wahlberechtigten für die einzelnen Parteien. Um Beispiele mit städtischen Ergebnissen der repräsentativen Wahlstatistik aus der gesamten Bundesrepublik anführen zu können, sei zunächst Bezug genommen auf die letzte Bundestagswahl (1983).

Es zeichnen sich typischerweise folgende Ergebnisse ab (Grafiken auf den Seiten 16, 17 und 18):

- Bei der Union stehen überdurchschnittliche Senioren-Ergebnisse unterdurchschnittlichen Jungwählerergebnissen gegenüber.
- Bei der SPD zeigt sich dagegen eher eine Gleichverteilung mit leichten Übergewichten entweder der jüngeren oder der älteren Wähler.
- Bei den GRÜNEN ragen starke Jungwählerüberschüsse einerseits und auffallend hohe Altwählerdefizite andererseits heraus.
- Markante Unterschiede im Wahlverhalten der jüngeren und älteren Wähler sind bei der F.D.P. nicht erkennbar (die mittleren Jahrgänge dominieren).

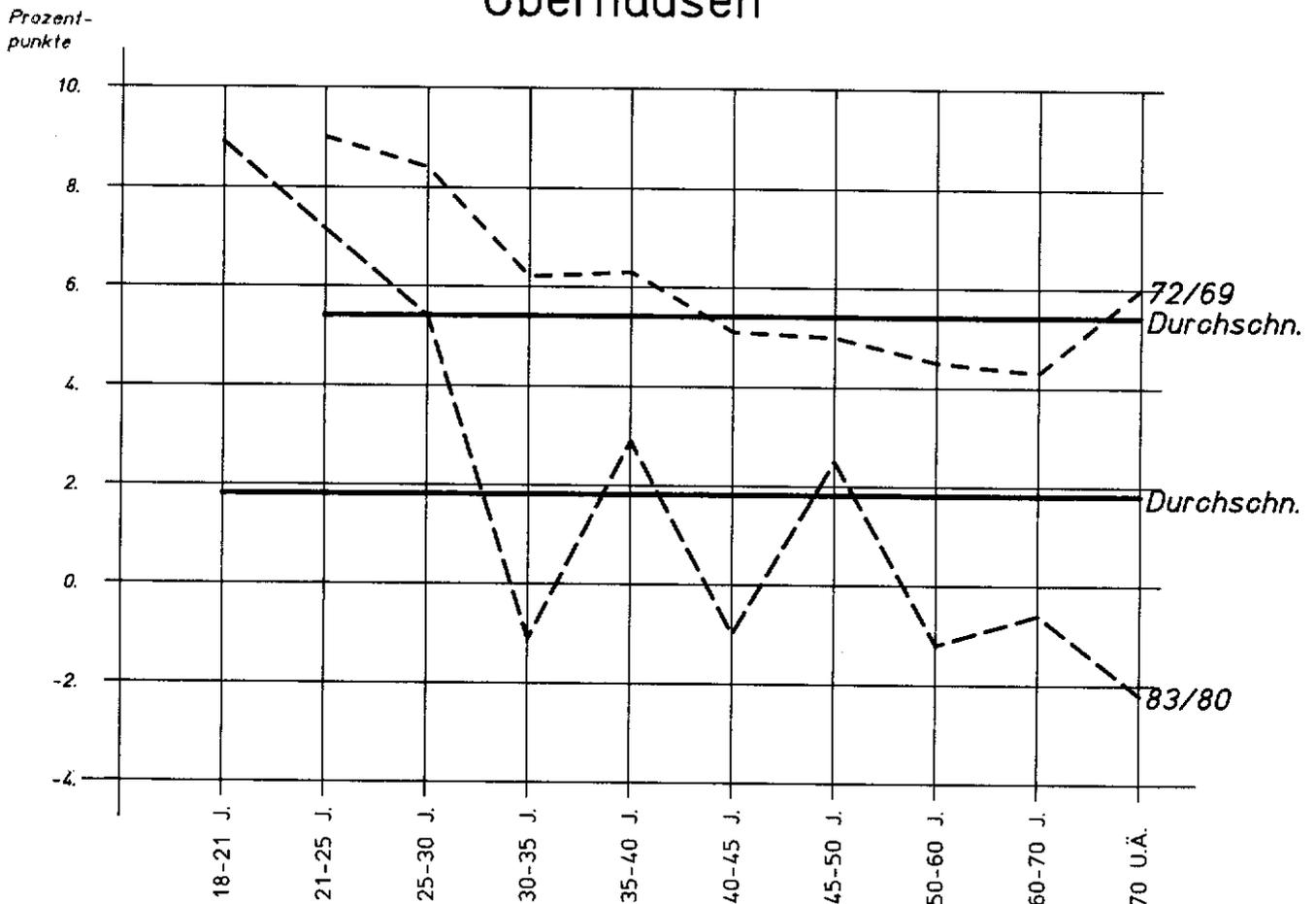
Union mit überdurchschn. Senioren-Ergebnissen

SPD-Ergebnisse eher gleichverteilt

Die GRÜNEN mit starken Jungwählerüberschüssen

Mobilisierung der Wähler bei der Brandt-Wahl 1972 und der Kohl-Wahl 1983 im Vergleich zur jeweils vorausgegangenen Bundestagswahl nach Altersgruppen

Oberhausen



- e) Was das Geschlecht angeht, haben die Frauen durchweg stärkeres Gewicht bei den jungen SPD-Wählern und den älteren CDU-Wählern, während das männliche Element bei den jungen CDU-Wählern und den jungen Wählern der GRÜNEN überwiegt; weitergehende eindeutige Tendenzen sind nicht erkennbar.
- f) In regionaler Hinsicht zeichnen sich Besonderheiten ab, die das Gesamtniveau der Parteienergebnisse betreffen, ohne die aufgezeigten Grundtendenzen bei jüngeren und älteren Wählern aufzuheben.

Geschlechtsspezifische Unterschiede vorhanden, jedoch nicht dominant

Die hier dargelegten Ergebnisse sind allerdings ganz und gar nicht typisch für die Bundestagswahlen zuvor.

Im Gegenteil zeigt sich, daß sich das Wahlverhalten in einem Vergleich der Bundestagswahlergebnisse recht unterschiedlich darstellt. Folgt man Hofmann-Göttig, so lassen sich drei Phasen aufzeigen:

- a) Für die Jahre 1953 - 1967 gilt (in der Grafik auf Seite 20 bezogen auf die Bundestagswahl 1961):

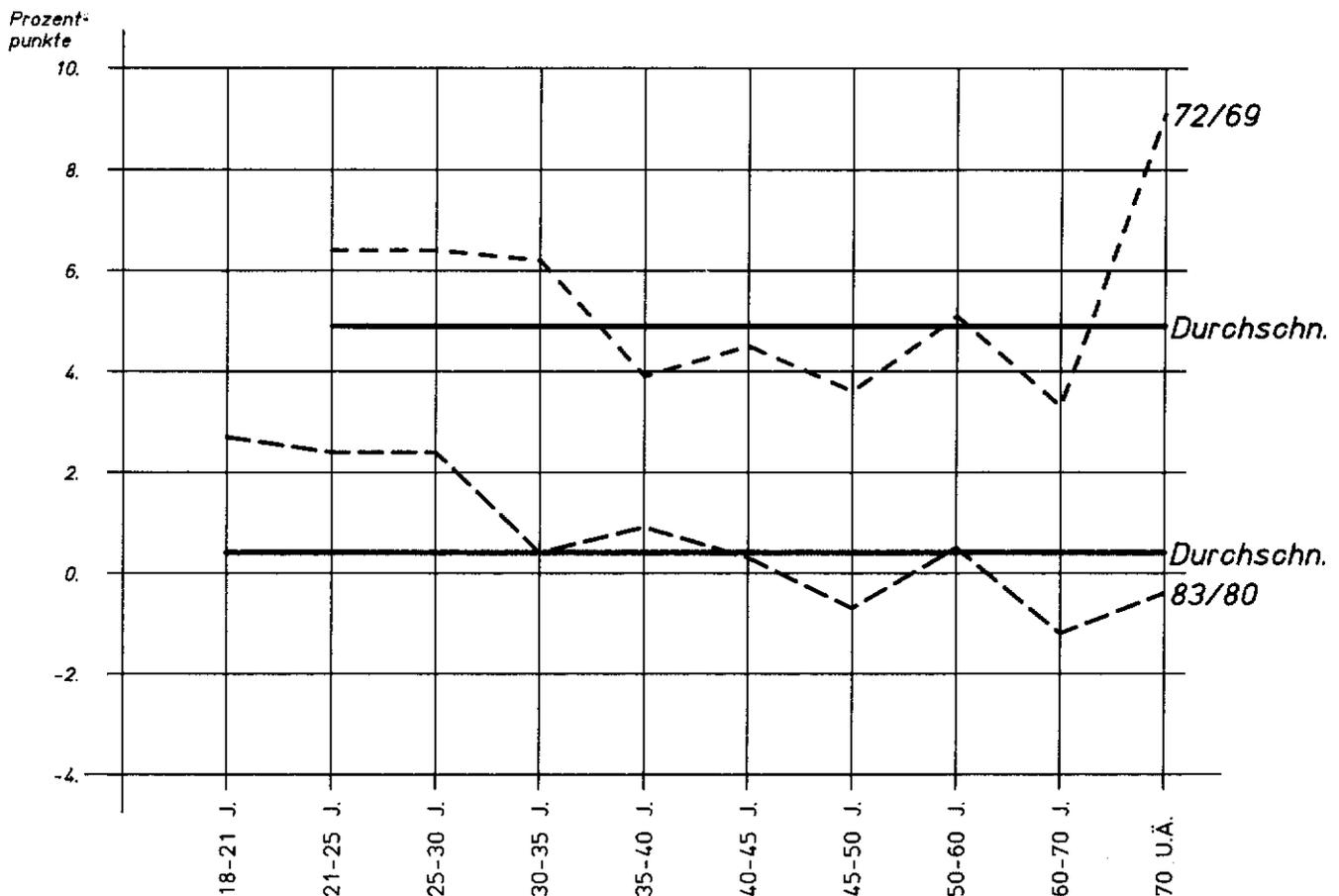
CDU/CSU erringen häufig leicht positive Jungwählerbilanzen, müssen andererseits aber auch oft leichte Jungwählerdefizite hinnehmen; besondere Erfolge stellen sich dagegen bei den Senioren ein.

Die SPD erzielt recht eindeutig positive Jungwählerbilanzen, hat dagegen bei älteren Wählern nur unterdurchschnittlichen Erfolg.

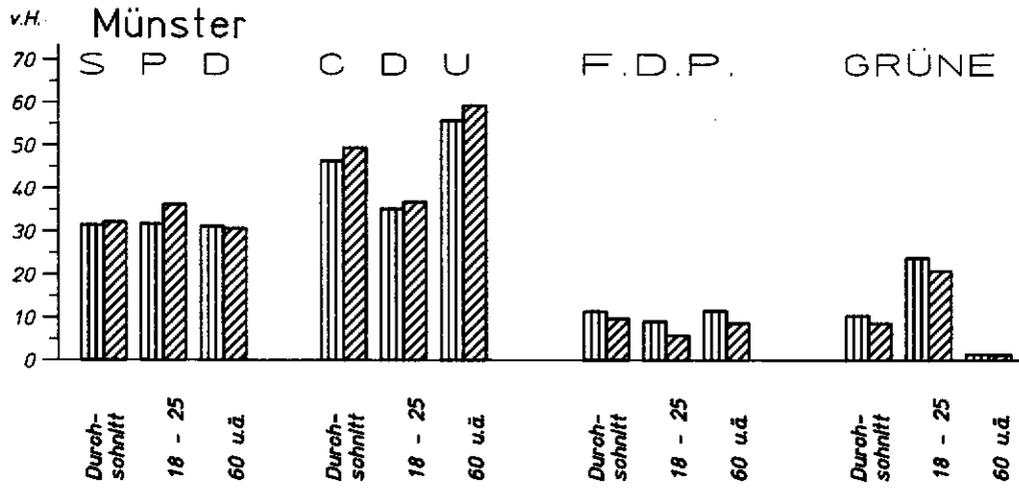
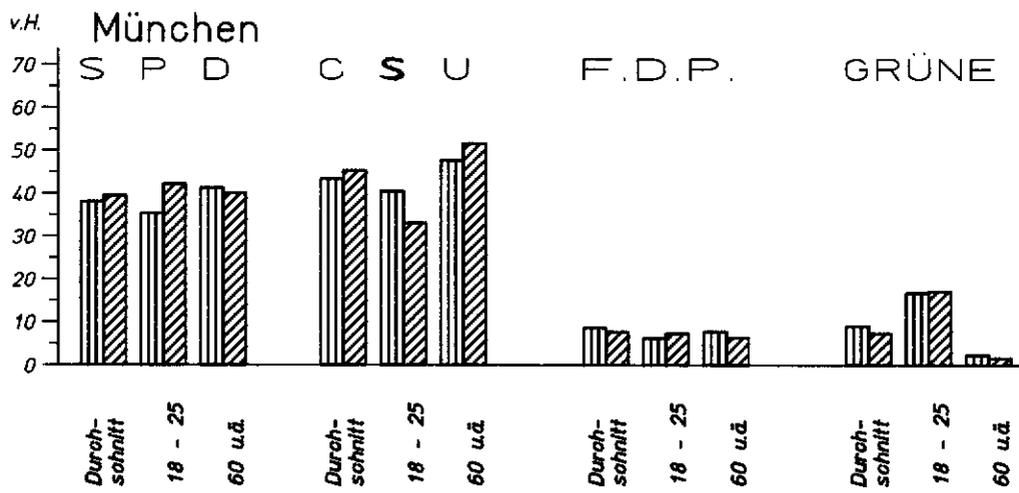
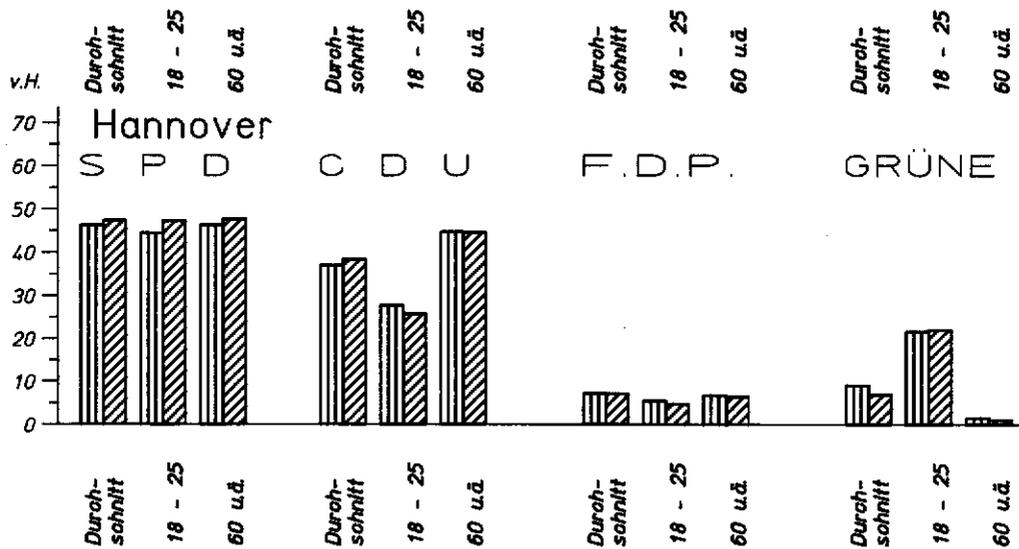
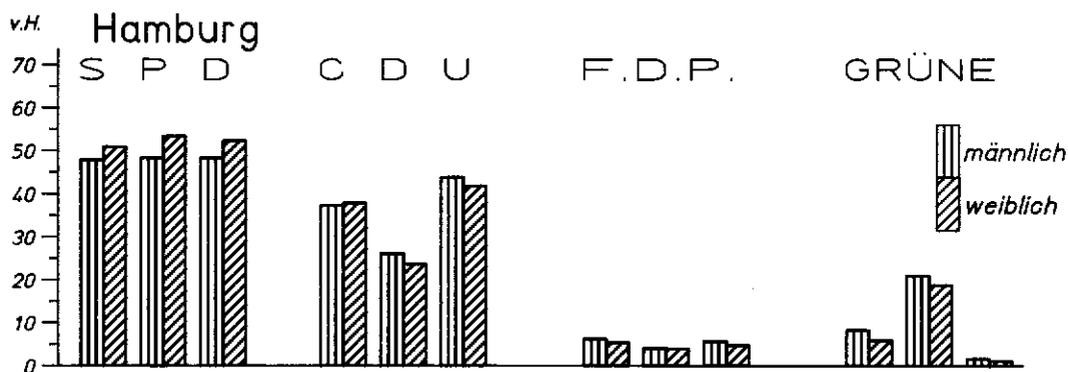
Das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 1961

Mobilisierung der Wähler bei der Brandt-Wahl 1972 und der Kohl-Wahl 1983 im Vergleich zur jeweils vorausgegangenen Bundestagswahl nach Altersgruppen

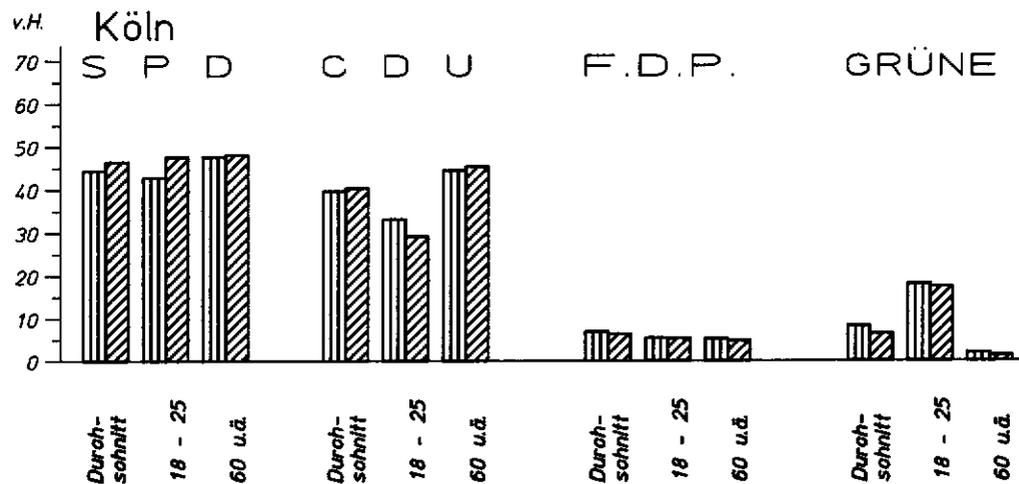
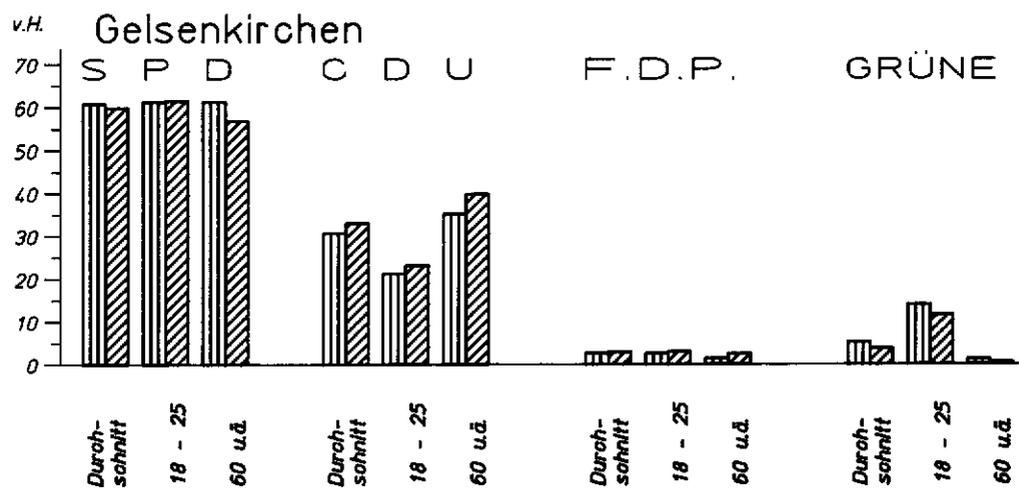
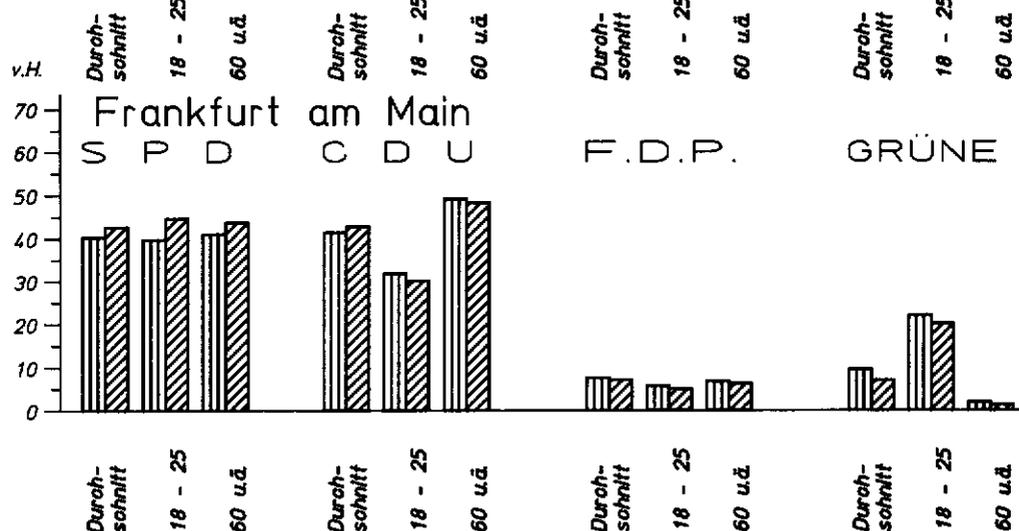
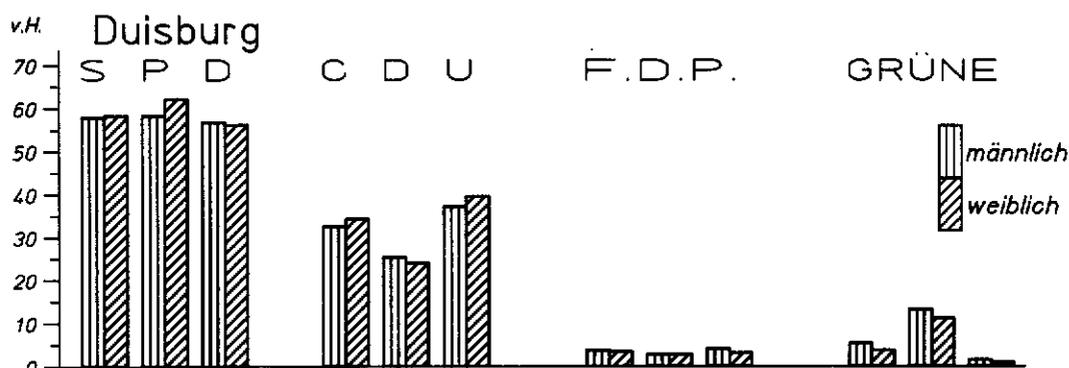
Dortmund



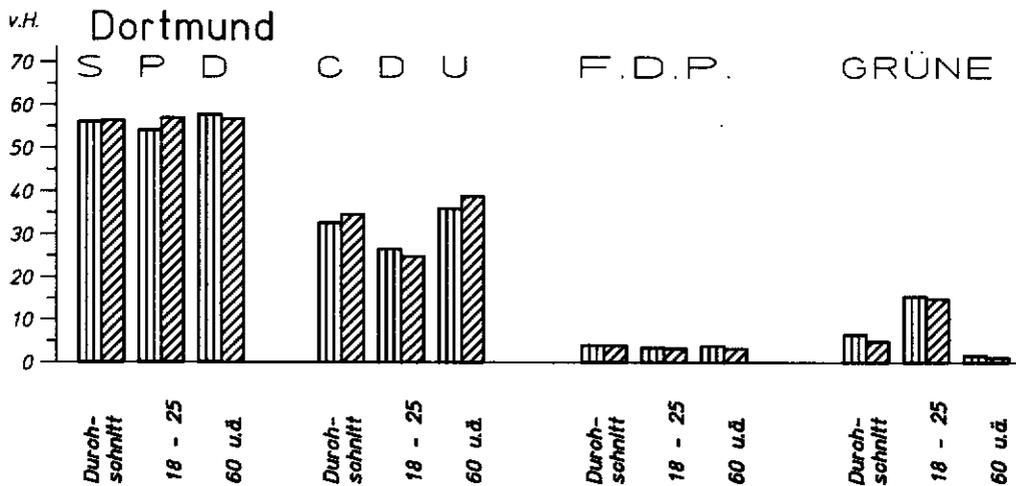
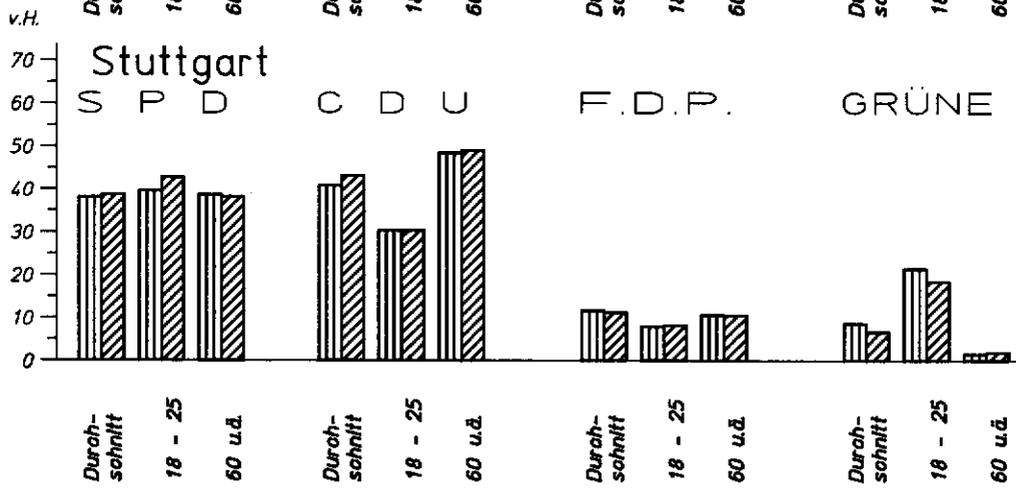
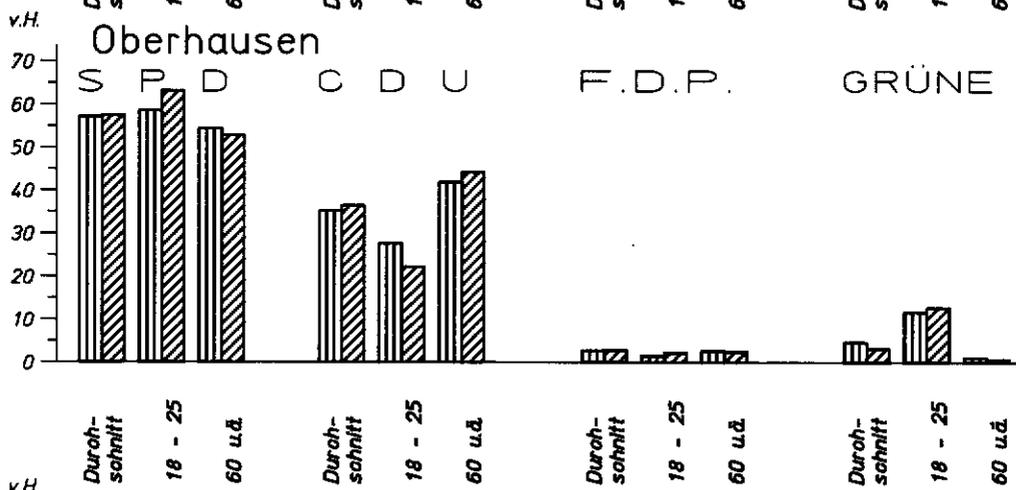
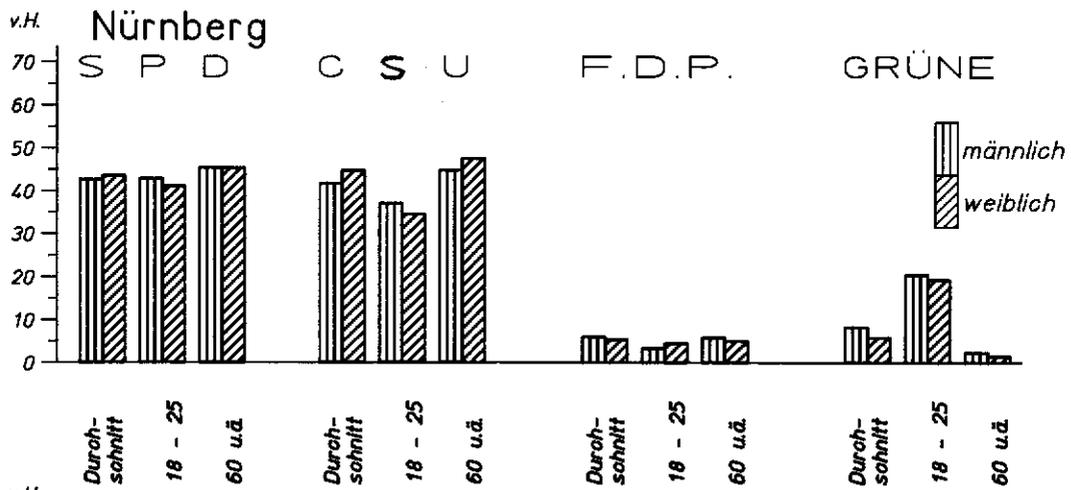
Parteien zur Bundestagswahl 1983 in der Gunst der jüngeren und älteren Wähler nach Geschlecht



Parteien zur Bundestagswahl 1983 in der Gunst der jüngeren und älteren Wähler nach Geschlecht



Parteien zur Bundestagswahl 1983 in der Gunst der jüngeren und älteren Wähler nach Geschlecht



Die F.D.P. findet sowohl bei jüngeren als auch bei älteren Wählern wenig Resonanz, sie ist vielmehr eine Partei von Wählern mittleren Alters.

- b) Für die Jahre 1968 - 1980 gilt (in der Grafik auf Seite 21 bezogen auf die Bundestagswahl 1976):

Die CDU/CSU muß starke Verluste bei den jüngeren Wählern hinnehmen, die Jungwählerbilanzen werden negativ; dagegen wird diese Partei umso wählbarer, je älter die Wähler sind.

Die SPD erzielt umgekehrt z. T. sehr hohe positive Jungwählerbilanzen, die Senioren liegen nahe beim Gesamtdurchschnitt (während im mittleren Altersbereich nur unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt werden).

Die F.D.P. muß bei den Senioren die höchsten Stimmenverluste hinnehmen; in dieser Bevölkerungsgruppe hat sie die schwächste Anhängerschaft.

- c) Die dritte Phase beginnt 1983 (Grafik auf Seite 22):

Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß für die CDU die älteren Wähler weiterhin die stärkste Bastion bilden und sich in vielen Fällen die großen Defizite bei den Jungwählern etwas verringern, daß die SPD bei jüngeren Wählern an Boden verliert, so daß die älteren Wähler erstmals stärkeres Gewicht erhalten, und daß mit den GRÜNEN eine Partei junger Wähler auf dem Wählermarkt erschienen ist.

Ob diese dritte Phase letztlich nur ein einmaliges Ereignis darstellt, sei dahingestellt. Denn bei seitdem stattgefundenen Wahlen hat sich gezeigt, daß die SPD gerade bei den jungen Wählern mächtig zulegen konnte, während CDU und GRÜNE an Boden verloren.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

- a) "Ende der 60er Jahre haben entscheidende Veränderungen im Wahlverhalten junger Wähler stattgefunden. Seit dieser Zeit wählen jüngere Wähler häufiger links, also SPD, die GRÜNEN oder eine F.D.P., die in einer Koalition mit der SPD steht. Die Veränderungen der Wahlergebnisse der Parteien werden zumindest seit 1969 verstärkt bei den jungen Wählern sichtbar." ¹⁾
- b) Das Gewicht älterer Menschen in der Altersstruktur der Wähler gewinnt in dem betrachteten Zeitraum bis 1983 für die CDU immer größere Bedeutung.
- c) Geschlechtsspezifische Unterschiede im Wahlverhalten haben mehr und mehr an Bedeutung verloren und spielen seit den 70er Jahren praktisch keine Rolle mehr. Dies gilt jedoch erst seit der jüngsten Vergangenheit. Noch 1974 schrieb Jesse: "Bei der weiblichen Wählerschaft konnte die SPD, die schon in ihrem Erfurter Programm von 1891 das Frauenwahlrecht gefordert hatte, bisher nie wirklich reüssieren. Die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen entpuppte sich für die Sozialdemokraten eher als Danaergeschenk. So gilt die notorische weibliche Unterrepräsentation bei den SPD-Wählern sowohl für die Weimarer Republik als auch für die Bundesrepublik. Es scheint sich jedoch eine entscheidende Wende anzubahnen." ²⁾ So war es; und mit der Aufgabe ihres konservativeren Wahlverhaltens trugen die Frauen entscheidend zu einer politischen Kräfteverschiebung bei. Als Erklärung für den Angleichungsprozeß im Wahlverhalten von Männern und Frauen führt Schultze folgende Gründe an: "Erstens: die seit Jahren zunehmende berufliche Integration der Frau in die Arbeitswelt; zweitens: emanzipatorische Tendenzen, die im Zusammenhang mit den doch tiefergehenden Veränderungen in den allgemeinen Werthaltungen zu sehen sind; drittens: die in den letzten Jahren deutlich gesunkene Bedeutung religiös bestimmter Werte im Normengefüge, insbesondere der Einflußverlust der katholischen Kirche in der Wählerschaft." ³⁾

Das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 1976

Das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 1983

Zum Wandel im Wahlverhalten:

Jüngere Wähler wählen nunmehr häufiger links

Ältere Menschen dominieren die Altersstruktur der CDU

Das Geschlecht hat an ergebnisbestimmender Bedeutung verloren, wovon die SPD profitiert

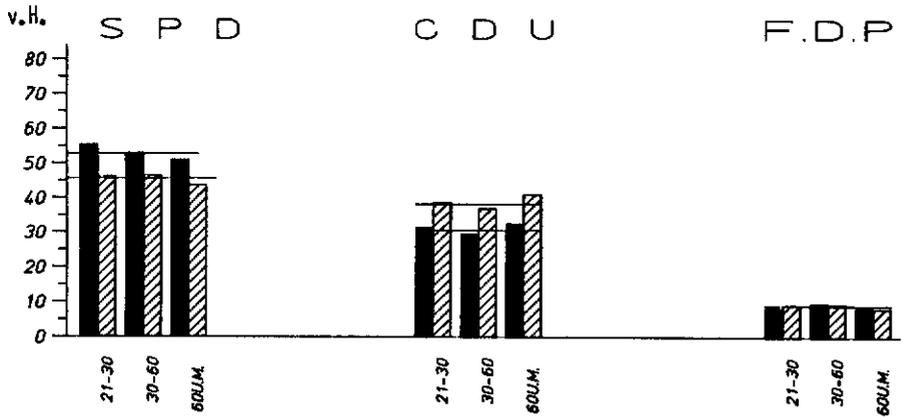
1) Gaiser, W. u.a.: Immer diese Jugend I, Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), München, 1985, S. 486.

2) Jesse, E.: Schlüssel zum Wählerverhalten, Frankfurter Hefte, 29. Jg., 1984, S. 243 f.

3) Schultze, R.-D.: Die Bundestagswahl 1976. Prämissen und Perspektiven, ZParl. (6), 1975, S. 542.

Das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 1961

Dortmund

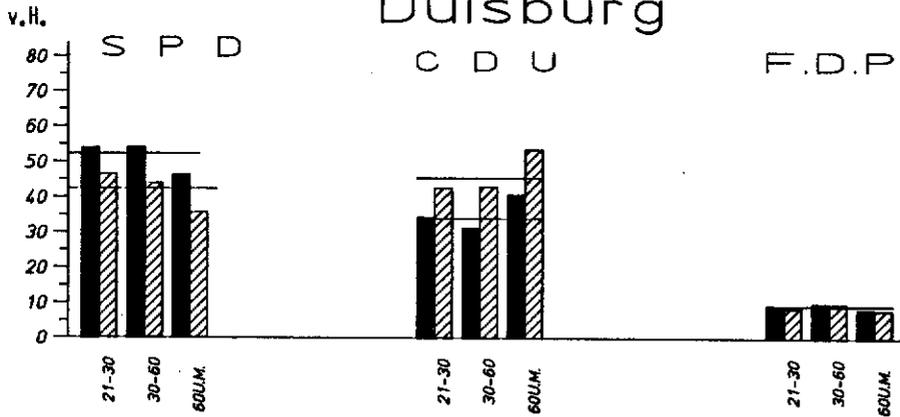


Zeichenerklärung:

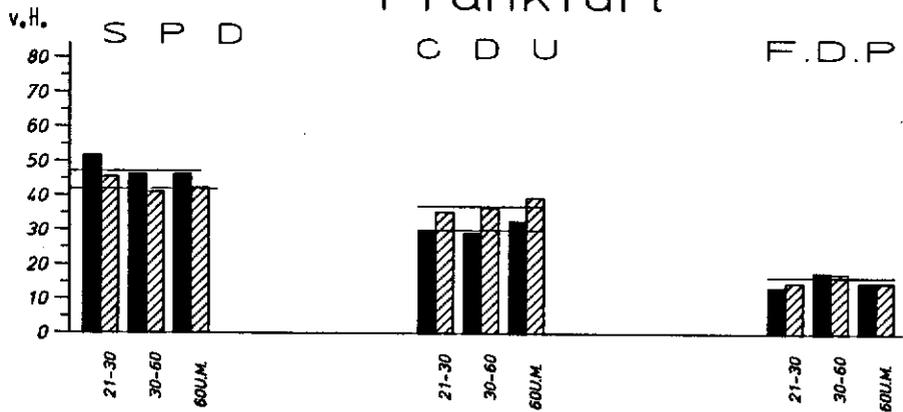


— Durchschnitt der männl. bzw. weibl. Wähler

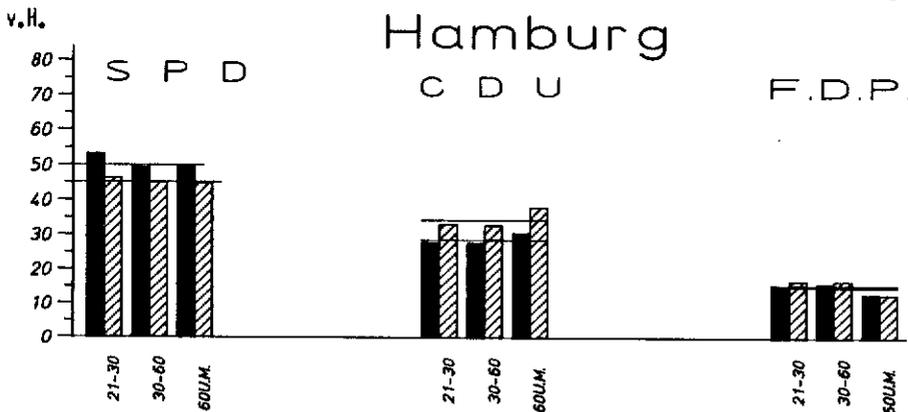
Duisburg



Frankfurt

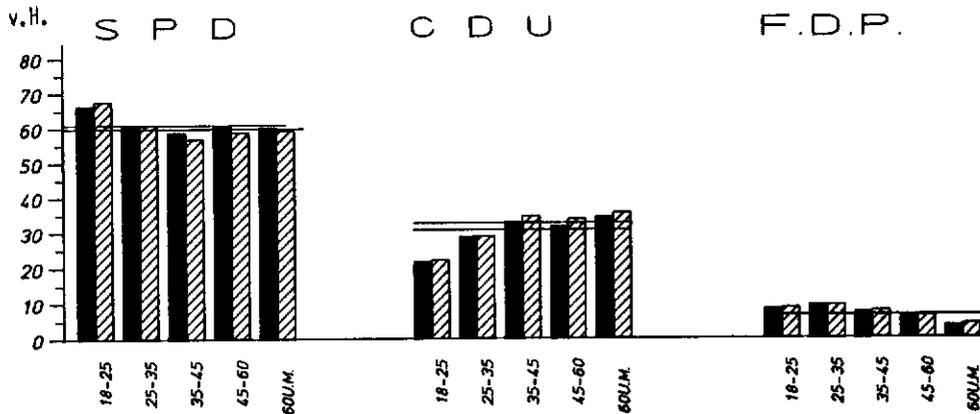


Hamburg

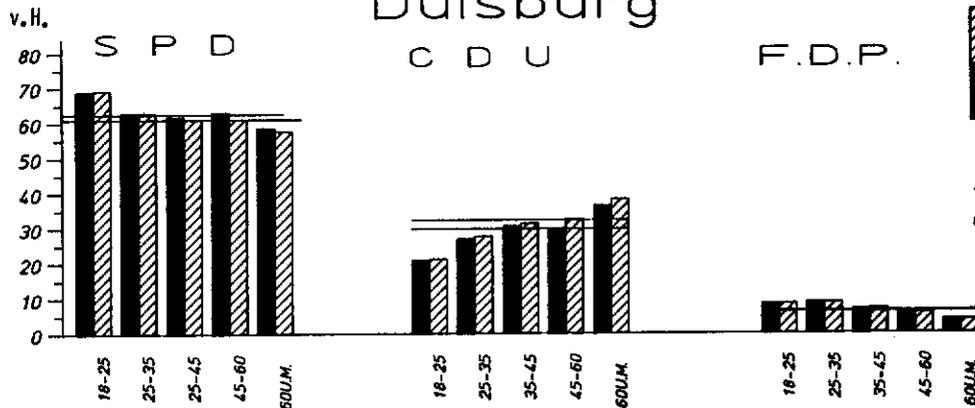


Das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 1976

Dortmund



Duisburg

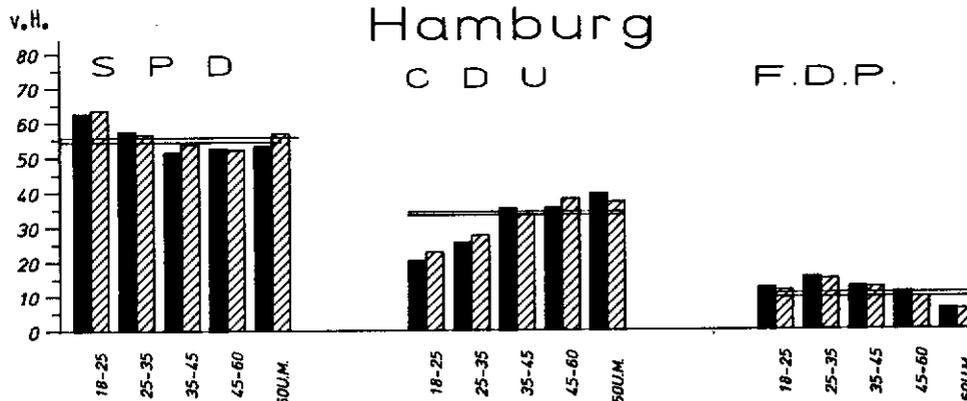
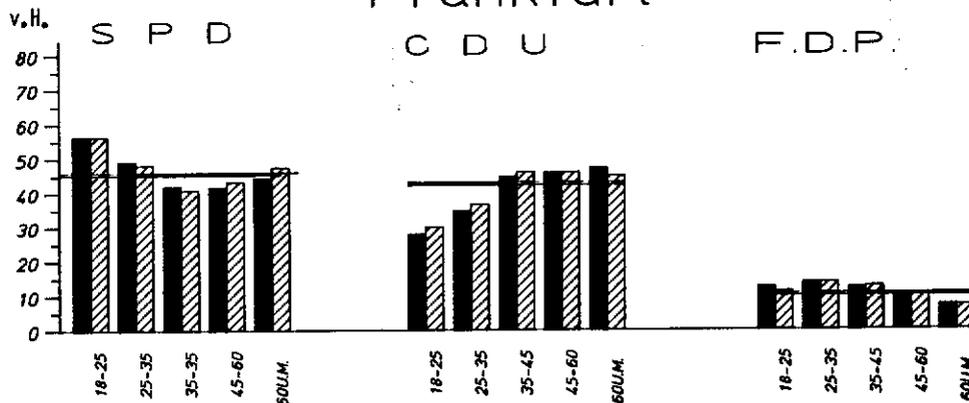


Zeichenerklärung:

weiblich
männlich

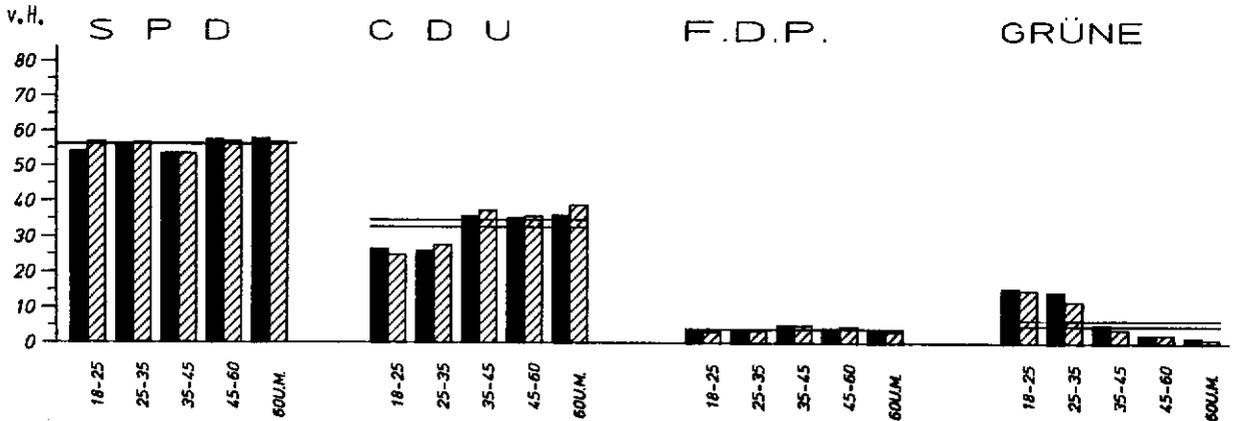
— Durchschnitt der männl. bzw. weibl. Wähler

Frankfurt

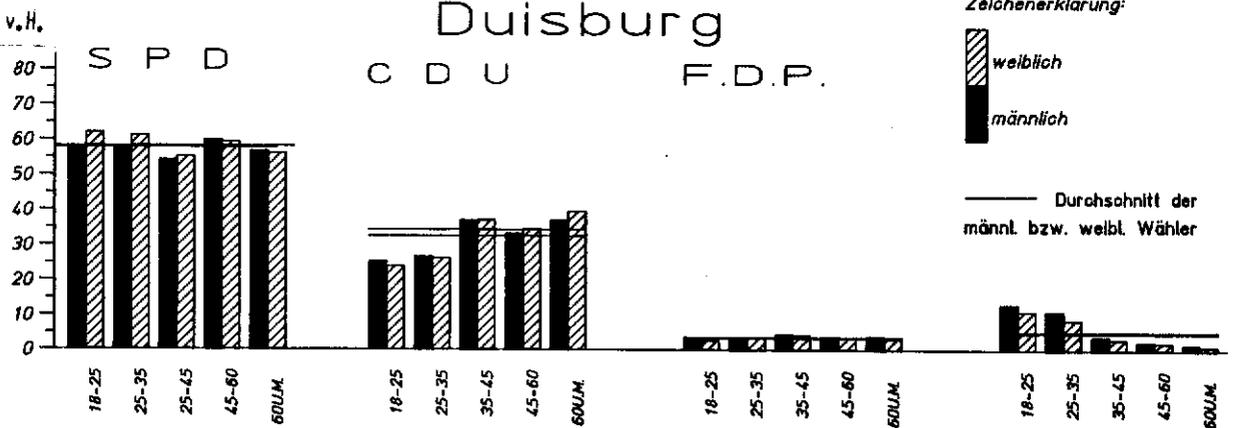


Das Wahlverhalten zur Bundestagswahl 1983

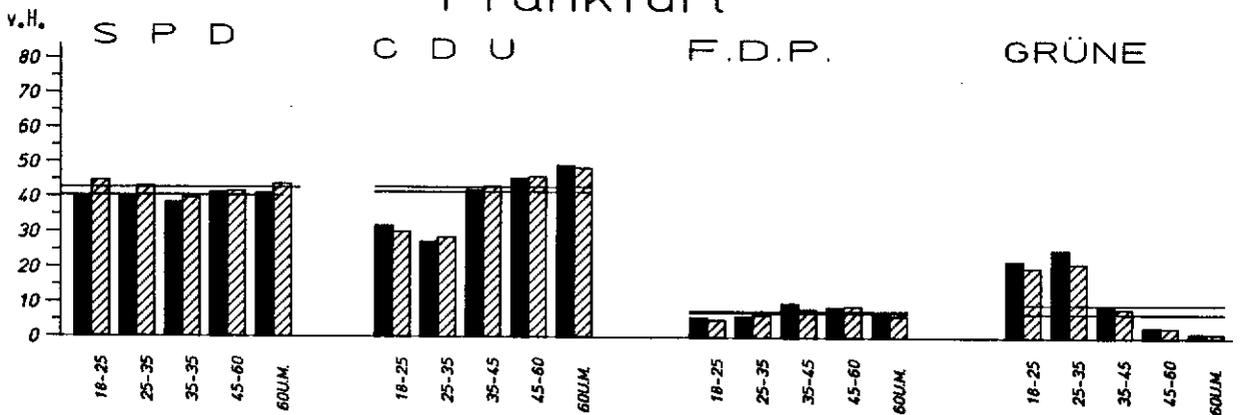
Dortmund



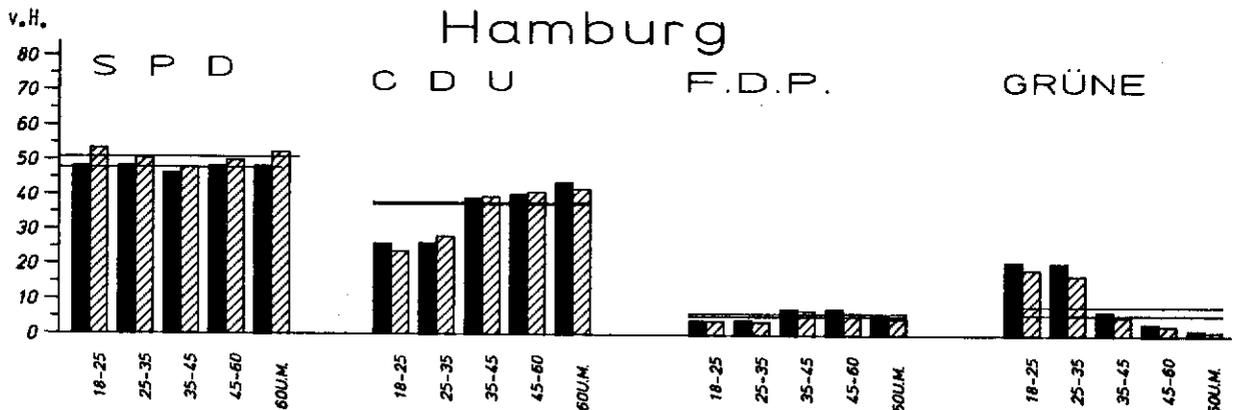
Duisburg



Frankfurt



Hamburg



Mit der zeitlichen Distanz zum letzten Weltkrieg, der insbesondere unter den Männern zu großen Verlusten führte, verliert auch das weibliche Übergewicht unter den Wahlberechtigten immer mehr an Bedeutung; deutlich vorhanden ist es - auch wegen der höheren Lebenserwartung der Frauen - in den höchsten Altersgruppen, es wirkt sich indes wegen der geringeren Wahlbeteiligung der Frauen (Daten zur Bundestagswahl 1983 in Dortmund: 70 Jahre und ältere Männer 90,1 %, entsprechender Wert für die Frauen: 85,3 %) nicht voll aus.

Der historische Abriß läßt die Frage unbeantwortet, inwieweit Konstanz das Wahlverhalten jüngerer und älterer Wähler bestimmt bzw. inwieweit Änderungen im Wahlverhalten auf die Ergebnisse einwirken. Auf diese Frage sei deshalb nachfolgend eingegangen.

3. Konstanz und Wandel im Wahlverhalten

Läßt man die Wahlergebnisse der letzten Jahrzehnte Revue passieren, wird deutlich, daß das Wahlverhalten sowohl durch Konstanz als auch durch Wandel gekennzeichnet ist. Während nämlich für einen Teil der Wähler, die sog. Stammwähler, der Grundsatz gilt, ihrer Partei stets treu zu bleiben, ist der Wechsel von einer Partei zu einer anderen Partei für eine zweite Gruppe von Wählern nichts Ungewöhnliches.

Angesichts dieses unterschiedlichen Wahlverhaltens stellt sich die Frage, was die einen zur Konstanz und die anderen zum Wandel im Wählerverhalten bewegt.

Für eine Konstanz im Wahlverhalten sprechen vor allem folgende Punkte:

- a) "Da die Wertorientierungen . . . im Persönlichkeitssystem verankert sind, sind sie nicht schnellen Wandlungen unterworfen und bürgen ihrerseits dafür, daß die von ihnen abhängigen politischen Einstellungen ebenfalls eine größere Stabilität erwarten lassen als eher kurzfristige Einstellungsphänomene".¹⁾
- b) "Im großen und ganzen hat die empirische Literatur gezeigt, daß die Mehrheit der Wähler keinen hohen Informationsstand über politische Sachverhalte besitzt".²⁾ Die Annahme des informierten und damit rational handelnden Bürgers ist von daher nicht aufrechtzuerhalten³⁾; das Wahlverhalten ist deshalb sozial-deterministisch bedingt, somit ein sozial gesteuerter Prozeß, der vom Wähler nicht bewußt (reflexiv) verarbeitet wird und damit einer längerfristigen Konstanz unterworfen.
- c) Je homogener das soziale Umfeld ist, um so gleichgerichteter und konstanter wird schließlich das Wahlverhalten sein.
- d) Die Phase der Sozialisation des Menschen, d. h. des Erlernens gesellschaftlich-verbundlicher Denkweisen und Verhaltensregeln, spielt für die Konstanz im Wahlverhalten eine bedeutende Rolle. "Soziologisch wesentlich am Generationsphänomen ist - wie schon Karl Mannheim⁴⁾ 1928 herausarbeitete - eine besondere Art der gleichen Lagerung verwandter Jahrgänge im historisch-sozialen Raum, die durch das Phänomen der Erlebnisschichtung, spezifische Erinnerungsstrukturen, darauf bezogene Deutungsbedürfnisse und sozial-moralische Leitideen entwickeln."⁵⁾

Gründe für Konstanz im Wahlverhalten

- 1) Pappi, F.: Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, PVS, XVIII, Jg. 1977, S. 199.
- 2) Eberle, F.: Theorien des Wählerverhaltens und empirische Wahlsoziologie, PVS, XXI, Jg. 1980, S. 253.
- 3) Die hierauf aufbauende Theorie beruht auf der Übertragung des neoklassischen ökonomischen Modells auf politische Sachverhalte (Downs 1968): Während die politischen Parteien mit ihrem Angebot in Form von Wahlversprechen untereinander in Konkurrenz um die Wählerstimmen stehen, beurteilt der Wähler die Parteien nach dem Nutzen, den sie ihm stiften würden, kämen sie an die Macht; diese Theorie setzt somit den voll informierten und urteilsfähigen Wähler voraus.
- 4) Mannheim, K.: Das Problem der Generationen, in: Karl Mannheim: Wissenssoziologie, Berlin 1964, S. 509 ff.
- 5) Lepsius, M.-R.: Vermutungen zu Tendenzen und Hypothesen zur Untersuchung der Bundestagswahl 1972, in: Max Kaase: Die Bundestagswahl 1972: Probleme und Analysen, PVS 14/1973, S. 298.

Bick¹⁾ hat anhand städtischer Daten im Rahmen einer Längsschnittuntersuchung, die nicht auf Altersgruppen, sondern auf Geburtsjahrganggruppen Bezug genommen hat, den Nachweis geführt, daß bestimmte Geburtsjahrganggruppen die Ergebnisse einer Partei über Wahlen hinweg positiv oder negativ bestimmen (Grafiken auf den Seiten 25 und 26). Je nach politischem Umfeld werden sich Präferenzen bei Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren - dieser Altersbereich gilt als Phase der politischen Sozialisation - für bestimmte politische Wertvorstellungen und Neigungen für bestimmte parteipolitische Gruppierungen herausbilden. Ein Beispiel für diese Geburtsjahre unmittelbar vor 1955 (diese Geburtsjahrgänge konnten 1972 erstmals wählen): "Die neue Ostpolitik und die "Aufbruchstimmung" der sozialliberalen Koalition bestimmten das politische Meinungsklima und führten dazu, daß ein relativ großer Teil dieses Geburtsjahrganges die SPD präferierte. Die in dieser Lebensphase ausgebildete Präferenzstruktur bleibt auch bei den kommenden Wahlen erhalten. In diesem Jahrgang erzielt die SPD auch weiterhin relativ gute Ergebnisse".²⁾ Umgekehrt verzeichnet die CDU bei den Geburtsjahrgängen um 1942 durchgehend relativ große Erfolge; diese Wähler erlebten die Phase der politischen Sozialisation während der Adenauer-Kanzlerschaft.

Die Minima und Maxima der Bick'schen Kurven konnten übrigens anhand Dortmunder Zahlen bestätigt werden, was die These erhärtet, daß die Phase der politischen Sozialisation von Einfluß auf das Wahlverhalten im Sinne einer Konstanz über Wahlen hinweg ist.

Für einen Wandel im Wahlverhalten sprechen andererseits vor allem folgende Punkte:

- a) Zum einen nehmen bzw. nahmen die traditionellen Klassengegensätze mit der Fortentwicklung der Volkswirtschaften ab. Es bildet sich ein Trend zur Mitte heraus, der sich in Entwicklungen manifestiert wie der Zunahme der Dienstleistungsberufe, der Angleichung im Konsumverhalten, der Zunahme der konsumbewußten und aufstiegsorientierten Mittelschichtenberufe und der steigenden Tendenz (auch und gerade bei Arbeitern), sich subjektiv in die Mittelschicht einzustufen.

Mit dem Trend zur Mitte wächst aber die Bereitschaft zum Wechsel der Wahlentscheidung. Er wird im soziologischen Mittelbereich leichter vollzogen, dort also, wo sich Einflüsse von Gewerkschaften, Kirchen und bürgerlich-liberalen Wertvorstellungen kreuzen. Wählerwanderungen sind in jüngster Vergangenheit weiterhin dadurch ausgelöst worden, daß neue Entwicklungstendenzen in der Gesellschaft, mit denen ein radikaler Wertewandel - Stichwort: Postmaterialismus - einhergegangen ist, eine vierte politische Kraft haben entstehen lassen.

- b) Zum andern wird ein Wandel im Wahlverhalten dadurch erleichtert, ja ausgelöst, daß Parteien mit ihren Programmen gerade für die Wähler der Mitte wählbarer werden. Beispielhaft sei auf das Godesberger Programm der SPD verwiesen, das es dieser Partei ermöglichte, 1972 stärkste Fraktion im Bundestag zu werden. Mit dem Abbau der sozialen und ideologischen Gegensätze, die das deutsche Parteiensystem historisch belastet haben, hat sich die Polarisierung zwischen den Parteien somit verringert; mit dem Trend zur Mitte sind die Parteien austauschbar geworden - was auch zur Folge haben mußte, daß die Bedeutung des Stammwählers abnahm.

Mit der Auflösung der Fronten zwischen den Parteien wuchs und wächst das Wechselwählerpotential. Dabei zeigt sich, daß bei jüngeren Wählern wesentlich mehr Bewegung zwischen den Parteien gegeben ist als bei älteren Wählern: Mit zunehmendem Alter verfestigt sich somit offensichtlich das Wahlverhalten.

Gründe für einen Wandel im Wahlverhalten

1) Bick, W.: Konstanz und Wandel des Wahlverhaltens in Duisburg, Daten + Information der Stadt Duisburg, Heft 13, 83, S. 11 ff.

2) ders., S. 17.

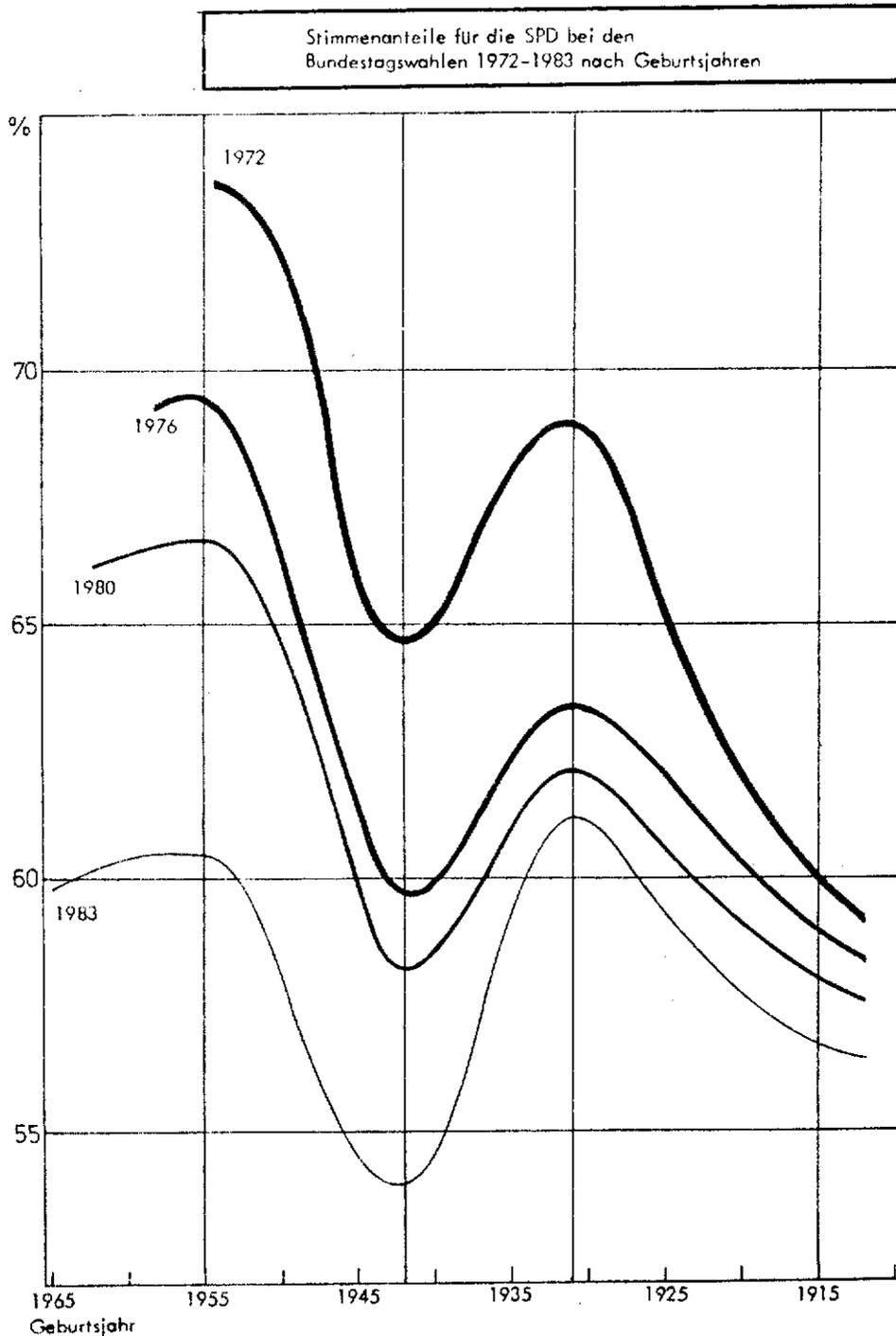
Als Fazit kann festgehalten werden, daß es eine Reihe von Faktoren gibt, die die Veränderungen der Parteienergebnisse nach dem Alter der Wähler von Wahl zu Wahl auslösen. Die wichtigsten sind m. E.:

a) Allgemeiner Trend

Die Parteienergebnisse bewegen sich im längerfristigen Zeitvergleich mehr oder minder stark ausgeprägt auf- und abwärts. Der "Genosse Trend" sei als Beispiel der Aufwärtsentwicklung einer Partei genannt: Gemeint ist der stetige Aufstieg der SPD zur stärksten Bundestagsfraktion im Jahre 1972, dem danach ein Ergebnisabfall folgte. Das Kommen der GRÜNEN mit beträchtlichen Stimmenzuwächsen und die danach eingetretenen Stimmen-einbußen mögen als weiteres Beispiel eines allgemeinen Ergebnistrends dienen.

Bestimmungsfaktoren für Änderungen von Wahlergebnissen:

Allgemeiner Trend

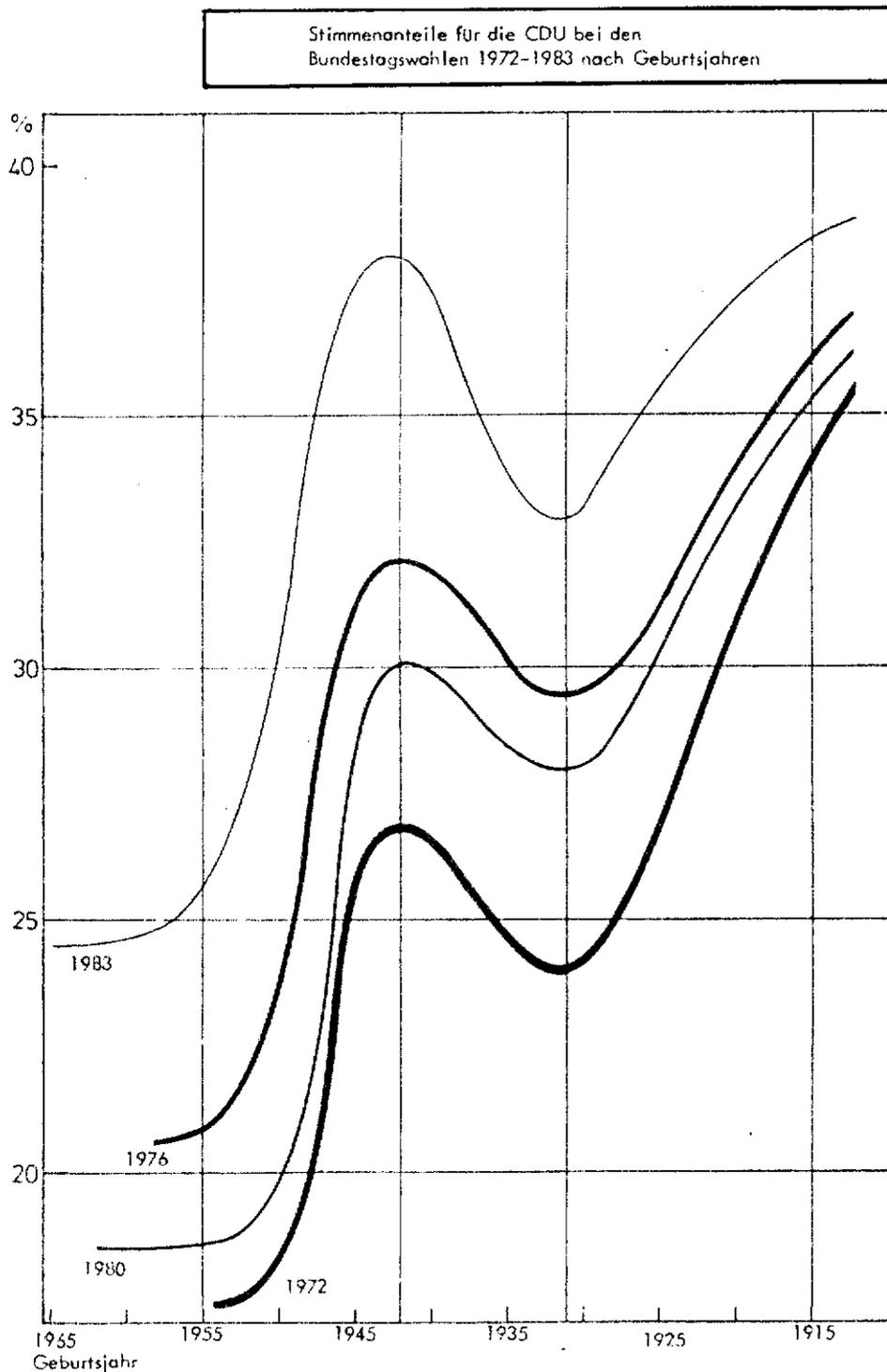


Dieser allgemeine Trend erfasst - mehr oder minder - alle Altersgruppen. Er resultiert aus einem Wechsel des Wahlverhaltens (Ab- oder Zunahme der Wahlbeteiligung einbezogen). Da dieser allgemeine Trend nur eine saldierte Ergebnisänderung darstellt, ist der tatsächliche Wandel im Wahlverhalten wesentlich höher einzuschätzen.

b) Altersstrukturbezogener Trend

Ergebnisveränderungen (und damit Wechsel der Parteipräferenzen) fallen um so ausgeprägter aus, je jünger die Wähler sind. Dagegen tritt mit zunehmendem Alter eine sich verstärkende Verfestigung des Wahlverhaltens ein. Gewinne und Verluste der Parteien werden mithin in erster Linie

... altersstrukturbezogener Trend

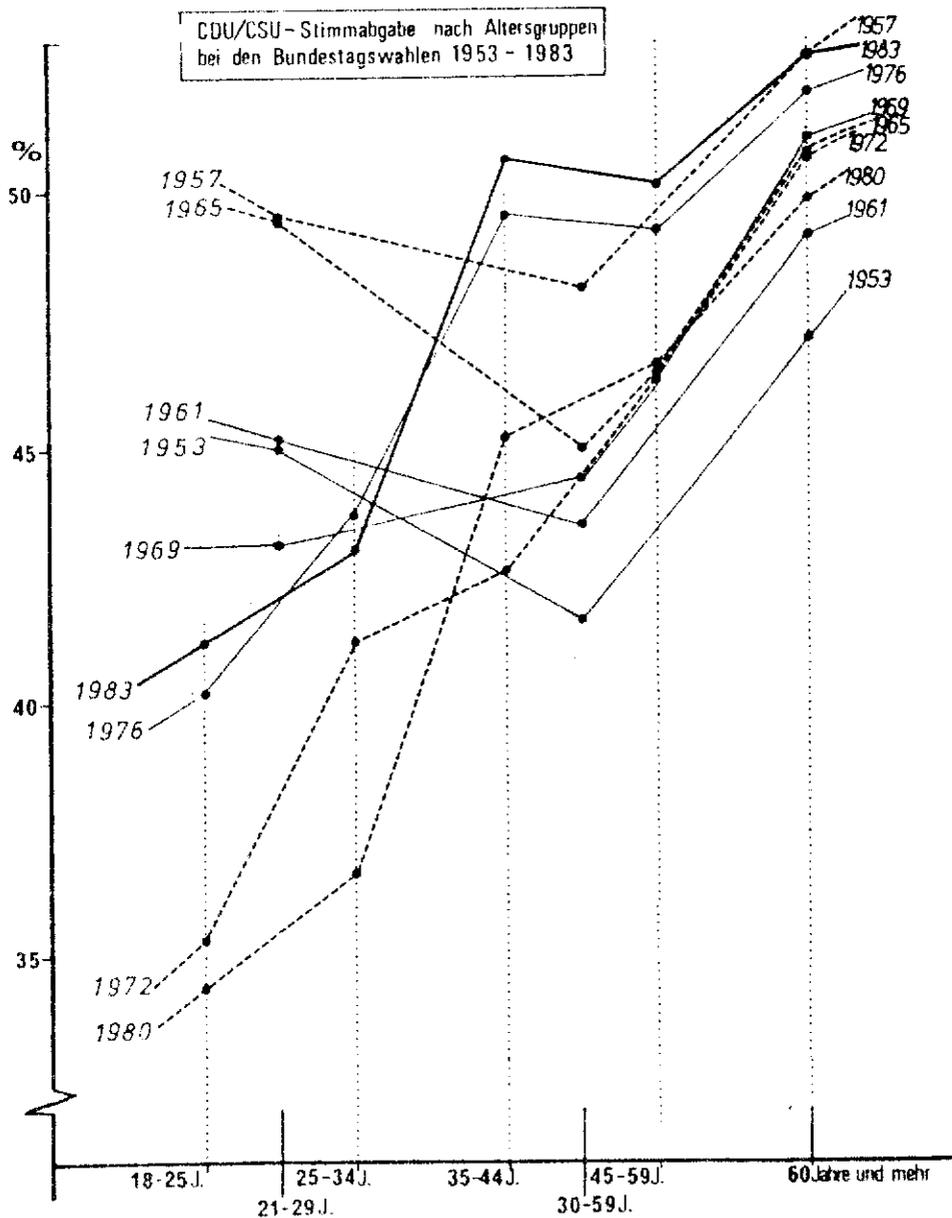


durch ein abweichendes Wahlverhalten (einschl. Nichtwahl) jüngerer Menschen verursacht. Der altersstrukturbezogene Trend soll also zum Ausdruck bringen, daß um so mehr Bewegung im Wahlverhalten vorhanden ist, je jünger die Wahlberechtigten sind, bzw. daß das Wahlverhalten um so konstanter wird, je höher das Alter der Wahlberechtigten ist. Der altersstrukturbezogene Trend überlagert somit den allgemeinen Trend durch stärkere Amplituden bei den jüngeren Wählern und schwächere Amplituden bei den älteren Wählern (Grafik auf Seite 27 sowie die beiden vorangegangenen Grafiken).

c) Trend zum konservativen Verhalten

Wie bereits dargelegt wurde, neigt der Mensch mit zunehmendem Alter zu konservativen Wertvorstellungen. Die Partei, die diesem konservativeren Bedürfnis am ehesten entspricht, wird deshalb im längerfristigen Trend als Folge eines entsprechend veränderten Wahlverhaltens von Wahlberechtigten im fortgeschrittenen Alter entsprechende Ergebnisverbesserungen für sich erzielen können.

... (mit zunehmendem Alter)
Trend zum konservativeren Verhalten



d) Geburtsjahrgangsbezogener Trend

Wie ebenfalls dargelegt wurde, tragen bestimmte Geburtsjahrgangsgruppen über Wahlen hinweg in besonderem Maße zum Erfolg einer Partei bei; andere Geburtsjahrgangsgruppen wiederum bilden umgekehrt die Schwachbereiche dieser Partei. Der geburtsjahrgangsbezogene Trend führt somit dazu, daß mehr oder minder das sich bei einem komparativ-statischen Vergleich ergebende Strukturbild der Wählerschaft sich von Wahl zu Wahl verschiebt entsprechend dem zeitlichen Weiterwandern der ergebnisstarken und ergebnisschwachen Geburtsjahrgänge.

Bis auf den letztgenannten geburtsjahrgangsbezogenen Trend ergeben sich alle Trends aus einem Wandel im Wahlverhalten. Konstanz im Wahlverhalten gilt hingegen für den geburtsjahrgangsbezogenen Trend - obwohl dieser gleichwohl Einfluß auf das Ergebnis bzw. die Ergebnisstruktur hat - und noch allgemeiner für die große Gruppe der Stammwähler einer Partei. Stammwähler zeichnen sich ja dadurch aus, daß sie einer Partei über längere Zeit treu bleiben. Ihr Gewicht im Gesamtergebnis einer Partei und damit auch ihre Bedeutung für den Wahlausgang dieser Partei hängt nun entscheidend davon ab, zu welchen Ergebnisüberlagerungen die genannten Trends führen, inwieweit sie sich verstärken oder u. U. auch gegenseitig abschwächen.

Festzuhalten bleibt jedenfalls, daß somit Konstanz wie Änderung das Wahlverhalten gleichermaßen prägen, daß indes das Alter der Wahlberechtigten auf Änderungen im Wahlverhalten großen Einfluß hat.

Daß dieser Einfluß stärker ist, als Ergebnisgegenüberstellungen zum Ausdruck bringen, ergibt sich daraus, daß Stimmengewinne oder -verluste von Wahl zu Wahl saldierte Zahlen darstellen, hinter denen sich oft beträchtliche Einzelströme verbergen. So hat Infas für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 1980 und 1985 u. a. ermittelt, daß der Wählergewinn der SPD von 208.000 Stimmen aus einem Zustrom von 472.000 und einem Abstrom von 264.000 Stimmen resultiert ¹⁾. Gewaltige Einzelströme lassen einen beträchtlichen Wandel im Wahlverhalten erkennen, während die saldierten Zahlen ein Bild relativer Konstanz des Wahlverhaltens vermitteln.

... geburtsjahrgangsbezogener Trend (Geburtsjahrgänge tragen über Wahlen hinweg zum Erfolg oder Mißerfolg einer Partei bei)

Änderungen im Wahlverhalten stark vom Alter abhängig und stärker als im (saldierten) Ergebnisvergleich erkennbar

4. Schlußbetrachtung

Auf der Basis kommunaler Daten der repräsentativen Wahlstatistik wurde eine Reihe wichtiger Ergebnisse über den Zusammenhang zwischen dem Alter und Geschlecht der Wahlberechtigten und ihrem Wahlverhalten (Nichtwahl bzw. Parteipräferenz) dargelegt. Insbesondere wurde deutlich,

- daß jüngere Wahlberechtigte ihr Wahlrecht weniger i.S. einer Wahlpflicht auffassen, als dies ältere Wahlberechtigte tun; dieser Tatbestand, zu dessen Erklärung eine Reihe von Gründen angeführt wurde, ist gleichwohl erstaunlich, als "alle unsere Umfrageergebnisse belegen, daß das politische Interesse von jungen Wählern eher höher ist als bei der Wählerschaft insgesamt" ²⁾,
- daß die Parliamentshierarchie und die aktuelle Bedeutung einer Wahl von beachtlicher Bedeutung insbesondere für jüngere Menschen sind, wenn es um die Ausübung des Wahlrechts geht,
- daß sich die Parteienergebnisse nach der Altersstruktur der Wähler stark gewandelt haben, wobei bei jüngeren Wählern ein Trend nach links von der Mitte unverkennbar ist und ältere Wähler Übergewichtiger als früher das CDU-Ergebnis bestimmen,

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

1) Infas: Nordrhein-Westfalen 1985, Landtagswahl am 12. Mai 1985, Politogramm, Bonn, 1985, S. 27.

2) Gaiser, W., a.a.O., S. 484.

- daß das Geschlecht als ergebnisbestimmender Faktor an Bedeutung verloren hat, was auf Kosten der CDU-Stimmenanteile die SPD begünstigte, (der Sieg der SPD bei der Bundestagswahl 1972 - mit ihm wurde die SPD erstmals stärkste Bundestagsfraktion - war eine Folge dieser Entwicklung),
- daß jüngere Menschen in der Präferenz für eine Partei noch nicht so ein verfestigtes Verhalten aufweisen, wie dies für ältere Wähler gilt,
- daß gleichwohl ein Einfluß aufgezeigt werden kann, der von Geburtsjahrgängen im Zeitablauf auf die Ergebnisse ausgeht, was belegt, daß die Phase der politischen Sozialisation (etwa zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr beginnt der Mensch, sich eine politische Meinung zu bilden und sich parteibezogen festzulegen) von Bedeutung ist für Wahlen innerhalb eines menschlichen Lebensrhythmus.

Trotz dieser interessanten, vielleicht z. T. auch überraschenden Ergebnisse sei auf die Grenzen der repräsentativen Wahlstatistik noch einmal eingegangen.

Die Ergebnisse haben zunächst einmal gezeigt, daß dem Merkmal "Geschlecht" gegenwärtig kaum noch eine größere ergebniserklärende Bedeutung beigemessen werden kann. Gleichwohl wird man die Bewertung dieses Merkmals vor dem historischen Hintergrund - es wurde dargelegt, daß in der Weimarer Republik und in der jungen Bundesrepublik die Frauen wesentlich konservativer als die Männer wählten - relativieren müssen: Ein wesentlicher Wandel im Wahlverhalten des weiblichen Geschlechts konnte so aufgedeckt werden. Und immer noch gibt es - wie gezeigt wurde - gewisse Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen, wenn auch oft nur in Nuancen erkennbar.

Das Merkmal Geschlecht hat an ergebnisbestimmender Bedeutung verloren ...

Kein Zweifel: Die altersbedingten Unterschiede sind bedeutsamer und haben an Schärfe noch zugenommen. Dabei muß man sich jedoch des Tatbestandes bewußt sein, daß es andere Merkmale und Tatbestände gibt, die als erklärende Variablen ebenfalls Bedeutung haben und die altersbedingten Wahlverhaltensmuster noch überlagern können.

... dagegen sind die altersbedingten Unterschiede bedeutsamer geworden

Gaiser u.a. heben als besondere Einflußgrößen jugendspezifischen Wahlverhaltens das Bildungsniveau und den Berufsstatus hervor.¹⁾ Für sie ist der in den 60er Jahren einsetzende Bildungsboom der Grund dafür, daß sich in den Wahlergebnissen verstärkt ein Übergewicht links der Mitte bei jungen Menschen herausbildete. Und was den Berufsstatus als Einflußfaktor angeht, sei festzustellen, daß junge Menschen, die in einem Lehrverhältnis stehen oder bereits einen Beruf ausüben, "sehr viel weniger progressive Einstellungen bzw. Kritikbereitschaft als diejenigen (haben), die noch in schulischer oder akademischer Ausbildung sind"²⁾, wobei innerhalb der Gruppe mit höherem Bildungsstand die Kritik an der Regierung und die Neigung zu den GRÜNEN besonders ausgeprägt sind, wenn gleichzeitig Arbeitslosigkeit gegeben ist. Die Autoren folgern deshalb weiter: "Schreibt man den anhaltenden Bildungsboom fort, ebenso wie den Arbeitsplatzmangel für Jugendliche und Berufsanfänger, so werden die Präferenzen der jungen Generation für das linke Parteienspektrum eher noch zunehmen als zurückgehen."³⁾

Bildungsboom läßt stärkere Präferenzen für das linke Parteienspektrum erwarten

Als weitere Einflußfaktoren können Konfession (besser noch: Kirchengängigkeit), Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft, aber auch Stadt-Land-Einflüsse - bekanntlich haben ländliche Einwohner eine konservativere Einstellung als Städter - genannt werden. Indes bleibt grundsätzlich festzustellen, daß die Messung dieser oder anderer Einflußgrößen nur durch Umfragen, nicht aber durch die repräsentative Wahlstatistik möglich ist. Die repräsentative Wahlstatistik wird auf die Merkmale beschränkt bleiben müssen, die im Rahmen des materiellen Wahlrechts erfaßbar sind, also auf Alter und Geschlecht. Deutlich wird damit auch die Bedeutung einer kommunalen Umfrageforschung als ergänzendes Instrument zur Wahlstatistik.

Weitere Einflußfaktoren des Wahlverhaltens

Hofmann-Göttig beklagt, daß die repräsentative Wahlstatistik "in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit ein Mauerblümchen-Dasein gespielt (hat)"⁴⁾.

1) Gaiser, W., a.a.O., S. 488 f.

2) ders., S. 490.

3) ders., S. 492.

4) Hofmann-Göttig, J., a.a.O., S. 136.

Als Hauptgrund wird angeführt, daß ihre Ergebnisse in zu langer Zeit nach Wahlen vorgelegt werden, so daß das Interesse an ihnen dann zwangsläufig kaum noch vorhanden ist.

Hier nun liegt die große Chance der städtischen Wahlstatistik, denn sie kann - was Bund und Länder nicht können - die Ergebnisse in relativ kurzer Zeit nach einem Wahltag vorlegen, im Extremfall - wie zahlreiche Beispiele zeigen - noch in der Wahlnacht bzw. am Tage darauf.

In dem Maße, wie es (auf kommunaler Ebene) gelingt, mit aktuellen Informationen aus der repräsentativen Wahlstatistik zu dienen, wird man diese aus ihrem Mauerblümchen-Dasein herausholen und die mühsame Erstellung der repräsentativen Ergebnisse lohnender machen. Für die Parteien als die potentiell wichtigsten Abnehmer dieser Repräsentativstatistik wird mit der Auswertung dieses wahlstatistischen Instruments die Möglichkeit verbessert, wahlstrategische Ziele zu entwickeln: Denn junge Wähler sind - trotz ihres geringen Gewichts in der Gesamtstruktur der Wählenden - von ergebnisbestimmender Bedeutung für den Ausgang von Wahlen (erinnert sei an die starken Reaktionen auf die jeweiligen politischen Stimmungslagen sowie auf die im Zeitablauf erkennbaren Ergebniseinflüsse der Geburtsjahrgänge) und ältere Wähler müssen in ihrem Wahlverhalten schon deshalb aus parteipolitischer Sicht beobachtet werden, weil mit der Überalterung der Bevölkerung das Gewicht dieser Wählergruppe in Zukunft zunehmen wird.

Repräsentative Wahlstatistik sollte kein "Mauerblümchen-Dasein" führen